

# Inhaltliche Vorschläge der Arbeitskreise der Jungen Union Saar für das Junge Wahlprogramm zur Landtagswahl 2022

## Inhaltsverzeichnis

I.	Arbeitskreis für Bildung, Hochschule und Wissenschaft .....	4
1.	Gewonnene Vorteile der Digitalisierung beibehalten .....	4
2.	Vernetzung und Verbesserung der Bildungs- und Lernplattformen .....	5
3.	Verpflichtende Fortbildungen im Umgang mit digitalen Medien für alle Lehrkräfte .....	5
4.	Lerninhalte weiter ausbauen .....	6
5.	Aufwertung des Lehrerberufs .....	7
6.	G8 oder G9 – Evaluierung des Status quo.....	7
7.	Stärkung des Zwei-Säulen Systems samt aller Abschlüsse.....	8
8.	Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung .....	8
9.	Ausbau der Freiwilligen Ganztagschulen .....	9
10.	Jugendbeteiligung ausbauen und fördern.....	9
11.	Saarland als Wissenschaftsstandort sichern .....	10
1)	Europa .....	10
2)	NanoBioMed.....	10
3)	Informatik .....	10
12.	Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Großregion stärken .....	11
II.	Arbeitskreis für Digitalisierung .....	12
1.	Präambel - Einführung eines Digitalministeriums .....	12
2.	Netzausbau .....	12
3.	Digitales Rathaus.....	13
1)	Vision .....	13
2)	Bürokratieabbau .....	13
3)	Services als Plattform .....	13
4)	Technische Ausstattung & Schulung aller Mitarbeiter .....	14
5)	Technische Ausstattung als Grundlage moderner Ratsarbeit .....	14
6)	Digitale Ratsarbeit .....	15
7)	Datensicherheit .....	15
4.	Datenschutz – Aufklärung und Prävention .....	16
5.	Zentrales Förderwerk .....	16
6.	Anlaufstelle für Unternehmen zur Digitalisierungsberatung.....	17
7.	Besondere Förderung von Wissenstransfers der Hochschulen in die Industrie .....	17
8.	Smart City .....	18

III.	Arbeitskreis für Europa und Internationales .....	19
1.	Das Saarland in der Großregion - Interregional Zusammenarbeit stärken .....	19
2.	Europa vernetzen – das Saarland zum Drehkreuz für den europäischen Bahnverkehr machen .....	19
3.	Die Frankreichstrategie ist ein wichtiger Wegweiser für die Zukunftsfähigkeit unserer Region .....	20
IV.	Arbeitskreis für Inneres und Justiz.....	21
1.	Präambel - Für einen starken und handlungsfähigen Rechtsstaat .....	21
2.	Personalsituation bei Polizei und Justiz weiter verbessern .....	21
3.	Die saarländische Polizei als attraktiver Arbeitgeber .....	22
4.	Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten bei der saarländischen Polizei stärken.....	23
5.	Bessere Zusammenarbeit der saarländischen Sicherheitsbehörden.....	23
6.	Präsenz der Vollzugspolizei vor Ort sicherstellen .....	24
V.	Arbeitskreis für Kommunales, Ehrenamt und Sport .....	25
1.	Kommunales .....	25
1)	Hilfs- & Wiederaufbau-Fonds .....	25
2)	Neuaufgabe bzw. Anpassung der Altbau- und Dorfkernsanierungsprogramme .....	25
3)	Kommunale Finanz-Struktur-Reform statt einer Flächen- und Verwaltungsreform.....	25
4)	Konjunktur-Paket Tourismus.....	26
5)	Gute medizinische Versorgung für den ländlichen Raum .....	26
6)	Schaffung kommunaler Jugendbeauftragter und Stärkung der Jugendzentren vor Ort ....	26
7)	Ausbau des Angebotes an Kindertagesstätten .....	27
8)	Wandel einläuten bei der Beschaffung von Ausstattungsgegenständen für die Feuerwehren.....	27
2.	Ehrenamt und Sport.....	27
1)	Maßnahmen gegen das Vereinssterben.....	27
2)	Förderung von eSport in Vereinen .....	27
3)	Förderung von Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen.....	28
4)	Förderung des Blaulicht-Ehrenamtes in den Kommunen .....	28
VI.	Arbeitskreis für Familie, Gesundheit, Soziales und Jugend .....	29
1.	Drogenpolitik.....	29
2.	Mobiles Arbeiten .....	29
3.	Gefahren der digitalen Medien .....	29
4.	Gesundheitsversorgung .....	30
5.	Absicherung im Alter .....	30
6.	Inklusion in Schulen.....	30
7.	Jugendbeiräte .....	30

8.	Jugendzentren .....	31
VII.	Arbeitskreis für Umwelt, ländlicher Raum und Energie .....	32
	Klimaneutrales Saarland 2040.....	32
1.	Ausbau der Erneuerbaren Energien .....	32
2.	Abschaffung Umlage und Bürokratie.....	32
3.	Beteiligungsmöglichkeiten.....	33
4.	Industrie.....	33
5.	Schule.....	33
6.	Wald- und Forstwirtschaft.....	34
7.	Ökologische Landwirtschaft.....	34
8.	Tierwohl & Artenschutz .....	35
9.	Klimaneutraler Gebäudebestand .....	35
VIII.	Arbeitskreis für Wirtschaft, Finanzen und Verkehr .....	37
1.	Wirtschaft .....	37
2.	Tourismus .....	38
3.	Finanzen.....	39
4.	Verkehr .....	39
1)	Bahn/Zug/S-Bahn .....	41
2)	Bus.....	41
3)	Auto .....	42
4)	Flughafen .....	42
5)	Fahrrad .....	42
6)	zu Fuß.....	43

1 *Im folgenden Text wurde bei der Angabe von Personenbezeichnungen die männliche Form ge-*  
2 *wählt. Dies ist nicht geschlechtsspezifisch gemeint, sondern geschah ausschließlich aus Gründen*  
3 *der besseren Lesbarkeit. Soweit neutrale oder männliche Bezeichnungen verwendet werden, sind*  
4 *hierunter Personen jeden Geschlechts zu verstehen.*

5

## 6 **I. Arbeitskreis für Bildung, Hochschule und Wissenschaft**

7

### 8 **Präambel**

9 Digitales Lernen und Lehren hat gerade durch die COVID19-Pandemie einen nie da gewesenen Stel-  
10 lenwert erfahren. Von jetzt auf gleich sind wir von der Kreidezeit in ein neues Zeitalter der digitalen  
11 Bildung gestartet. Die durch die Pandemie gewonnenen Fortschritte und Erfahrungen gilt es auch in  
12 Zukunft beizubehalten.

13 Doch auch neben der Pandemie gilt es, bestehende Systeme zu evaluieren und Konzepte vorzulegen,  
14 um der Bildung in unserem Land auch zukünftig den höchsten Stellenwert zukommen zu lassen und  
15 das Saarland als Wissenschaftsstandort in der Großregion zu stärken und auszubauen.

16 Um dies zu gewährleisten, legt die Junge Union Saar für den Bereich der Bildung, der Hochschule  
17 und der Wissenschaft folgenden 12-Punkte-Plan vor.

18

### 19 **1. Gewonnene Vorteile der Digitalisierung beibehalten**

20 Vor- und Nachteile der Pandemie erkennen und nutzen lernen. Dies ist der Grundsatz der Jungen  
21 Union Saar in Bezug auf den Digitalisierungsfortschritt in unserer Bildungspolitik. Die immer noch  
22 anhaltenden pandemischen Herausforderungen fordern uns Tag für Tag aufs Neue. Wir als Junge  
23 Union Saar sehen in der Corona-Pandemie jedoch nicht nur das Nachteilige. Besonders wichtig für  
24 uns ist, die mühsam erarbeiteten Fortschritte auch in Zukunft in unserem Bundesland gewinnbrin-  
25 gend beizubehalten.

26

### 27 **Digitalisierung der Schulen**

28 Für all diese Möglichkeiten benötigt es aber flächendeckend und für alle Schüler mobile Endgeräte  
29 sowie eine entsprechende digitale Ausstattung in den Schulen, die durch entsprechende Investiti-  
30 onsprogramme weiter gefördert werden soll.

31 Wir fordern, dass die schulische Oberstufe in einen regelmäßigen Austausch mit der Universität und  
32 den Hochschulen tritt. So können wir vorhandenes Wissen und Fähigkeiten vor allem in Bezug auf  
33 die digitalen Lerninhalte und praktischen Anwendungen gezielter bündeln und ein Netzwerk zum  
34 Austausch schaffen. Kompetenzen bei der Digitalisierung sind das A und O für den Bildungsbereich  
35 unseres Landes.

36

### 37 **Digitalisierung der Hochschulen**

38 Natürlich achten wir die Freiheit der Lehre und wissen, dass unterschiedliche Lerninhalte verschie-  
39 dene Methodik/Didaktik benötigen. Auch distanzieren wir uns ganz klar von der Forderung, dass ein

40 rein digitales Studieren möglich sein muss. Keine der saarländischen Hochschulen ist eine Fernhoch-  
41 schule!

42 Gelungene Digitalisierung kann die Lehre verbessern, gleiches gilt aber auch für gelungene Präsenz-  
43 veranstaltungen. Daher fordern wir – soweit dies möglich ist – den Einsatz von hybriden Lehrmodel-  
44 len. Das beinhaltet unter anderem: Materialien online zur Verfügung zu stellen und Vorlesungen mit  
45 Bild und Ton zusätzlich aufzunehmen und digital zur Verfügung zu stellen. Insbesondere Studenten  
46 mit nebenberuflicher Erwerbstätigkeit oder Studenten mit familiären Verpflichtungen bekommen  
47 dadurch die Möglichkeit an Vorlesungen flexibel teilzunehmen und sie digital nachzuarbeiten. Dies  
48 ermöglicht völlig neue Perspektiven.

49 Wenn die saarländischen Hochschulen im direkten Vergleich der Lehre konkurrenzfähig bleiben wol-  
50 len, ist dieser Schritt unumgänglich. Während beispielsweise Seminare von der Interaktion in Prä-  
51 senz maßgeblich profitieren, kann etwa eine sehr technische Vorlesung durch den Einsatz von Flip-  
52 ped Classrooms verbessert werden. Wir fordern alle Dozenten im Saarland dazu auf, ihre eigenen  
53 Lehrmethoden kontinuierlich zu hinterfragen und diese wann immer es sinnvoll ist durch digitale  
54 Einflüsse zu verbessern.

55

## 56 **2. Vernetzung und Verbesserung der Bildungs- und Lernplattformen**

57 Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass cloudbasierter Online-Unterricht ohne physische Kon-  
58 takte zu anderen Personen zwingende Realität geworden ist. Doch auch über die Pandemie hinaus,  
59 sollten digitale Lernangebote intensiviert werden. Wir fordern daher, die Schülerschaft mit den Her-  
60 ausforderungen nicht allein zu lassen. Lernplattformen müssen auf dem Stand der Zeit und vor allem  
61 standardisiert sein. Ein Flickenteppich aus verschiedenen Systemen, die nicht durch Schnittstellen  
62 kompatibel sind, ist der absolut falsche Weg.

63 Zudem fordern wir als Junge Union Saar die komplette Einführung und Optimierung von Lernplatt-  
64 formen nicht nur an allen Schulen und Schulformen, sondern auch an allen Hochschulen und der  
65 Universität. So kann auch nach der Pandemie auf hybride Lehrmodelle zurückgegriffen werden.

66 Wir fordern auch eine Verbesserung und den Ausbau der Webkonferenz-Plattformen. Diese ermög-  
67 lichen den Schülern und Studenten einen besseren Wissensaustausch auf digitalem Weg in gewohn-  
68 ter Klassen- und Gruppenatmosphäre.

69 Es existieren eine Vielzahl von digitalen Angeboten, beispielsweise Apps, Software oder Lehr-/ und  
70 Lernmaterialien auf verschiedenen Plattformen und Websites im Internet. Während die Inhalte von  
71 Schulbüchern stets geprüft und einem gewissen didaktischen und pädagogischen Standard entspre-  
72 chen, ist dies bei digitalen Angeboten im Netz nicht immer der Fall. Damit Schüler sofort erkennen,  
73 ob Inhalte pädagogisch wertvoll sind und qualitativ hochwertigen Standards entsprechen, setzen wir  
74 uns für die Einführung eines Gütesiegels oder einer Zertifizierung für didaktisch gute digitale Lehr/-  
75 und Lernangebote ein.

76

## 77 **3. Verpflichtende Fortbildungen im Umgang mit digitalen Medien für alle Lehrkräfte**

78 Die digitale Ausstattung war und ist ein erster Schritt, um allen Schülern digitales Lernen zu ermög-  
79 lichen und digitale Medien gezielt in den Unterricht mit einzubeziehen. Mit der Ausstattung alleine  
80 ist es jedoch nicht getan. Es bedarf auch des richtigen Umgangs mit digitalen Medien. Daher fordert  
81 die Junge Union Saar verpflichtende Fortbildungen für alle Lehrkräfte, was den Umgang mit digitalen

82 Medien anbelangt – angefangen im Lehramtsstudium. Hierbei soll an die individuellen Kenntnisse  
83 der Lehrkräfte angeknüpft werden. Jede Lehrkraft soll die Möglichkeit erhalten – aufbauend auf Ih-  
84 rem Wissensstand – entsprechende Angebote an Fortbildungen (digital als auch vor Ort) beim Lan-  
85 desinstitut für Pädagogik und Medien (LPM) vorzufinden. Die Feststellung des individuellen Wis-  
86 sensstandes könnte beispielsweise anhand einer Online-Prüfung mit so genannten Lernlevels erfol-  
87 gen.

88

#### 89 **4. Lerninhalte weiter ausbauen**

90 Die digitale Revolution ist unbestreitbar die größte Herausforderung unseres Jahrhunderts. Die  
91 kommenden Generationen werden von Anbeginn in einer Welt leben, die viel digitaler ist, als wir es  
92 uns bisher vorstellen können. Diese Generationen müssen auf das Leben in dieser vollends digitali-  
93 sierten und von KI-beeinflussten Welt vorbereitet werden. Wir fordern daher eine digitale Früher-  
94 ziehung bereits im Vorschulalter.

95 Digital gestützte Lehre und der Einsatz von fächerübergreifenden digitalen Lehr- und Lernmethoden  
96 sind eigentlich Hausaufgaben von gestern. Diese wurden jedoch zu lange nicht angegangen und  
97 müssen nun endlich nachgeholt werden.

98 Dieses integrative Vermitteln der Nutzung digitaler Systeme wird allerdings nicht reichen, um die  
99 kommende Generation zu digital mündigen Bürgern zu erziehen.

100 In einer Welt, in der immer mehr personenbezogene Daten gesammelt und verarbeitet sowie immer  
101 mehr datenbasierte Entscheidungen durch KI getroffen werden, reicht es nicht mehr, den Schülern  
102 der Zukunft die Anwendungskompetenz (Bedienung digitaler Systeme) beizubringen. Wer in einer  
103 solchen Welt selbstbestimmt leben will, muss Methodenkompetenz erlangen, also – zumindest ru-  
104 dimentär – verstehen, was im Hintergrund geschieht und wie digital Entscheidungen getroffen wer-  
105 den.

106 Die einzige Möglichkeit, digitale Mündigkeit und Methodenkompetenz für die gesamte Breite der  
107 kommenden Generationen zu erreichen, ist die verpflichtende Einführung des Faches „Informatik“  
108 bereits ab der 5. Klasse für alle Schulformen. Daher fordert die Junge Union Saar diese verpflichtende  
109 Facheinführung zur Vermittlung von informationstechnischem Wissen unter Orientierung am  
110 „Dagstuhl-Dreieck“ bereits zum Schuljahr 2023/2024.

111 Die Junge Union Saar fordert des Weiteren, Unterricht im Fach „Politik“ bereits ab der 6. Klasse an  
112 Gymnasien verpflichtend einzuführen, um das Interesse für Politik bereits bei jüngeren Schülern zu  
113 entwickeln und zu fördern. An Gemeinschaftsschulen soll der politische Anteil des Fachs „Gesell-  
114 schaftswissenschaften“ ausgebaut werden.

115 Das Seminarfach, welches in der gymnasialen Oberstufe angeboten wird, soll ausgeweitet werden.  
116 So fordert die Junge Union Saar, dass das Seminarfach in weiteren Bereichen angeboten wird, wie  
117 zum Beispiel in den Bereichen Ernährung oder Digitalisierung.

118 Außerdem soll der Lehrplan weiter ausgebaut werden und genauere Vorgaben zu beispielsweise  
119 Leistungsnachweisen geben, sowie eine genauere Themenübersicht.

120 Auch Verbraucherbildung – so beispielsweise das Erlernen von Grundkenntnissen im Bereich der  
121 Finanzen, Medien, Ernährung und Nachhaltigkeit – soll mehr in den Unterricht und die einzelnen  
122 Fächer eingebunden und integriert werden.

123 Des Weiteren setzen wir uns für die Einführung von Talent-Scouts an Schulen ein. Talent-Scouts sol-  
124 len Schüler bei der Berufsberatung unterstützen. Sie bieten individuelle Beratung losgelöst von  
125 schulischer Leistung, stattdessen fokussieren sie sich auf die Talente bzw. die sogenannten „soft ski-  
126 lls“ der Schüler. Da die Talent-Scouts in den Schulen zugegen sind, kennen sie die meisten Schüler  
127 und können sich eine Einschätzung der Lehrer einholen. Durch ihre pädagogische und passgenaue  
128 Beratung wird es Schülern ermöglicht, sich frühzeitig Gedanken um ihre berufliche Perspektive zu  
129 machen und den für sich passenden Weg einschlagen zu können. Außerdem haben Talent-Scouts  
130 einen guten Überblick über Ausbildungsmöglichkeiten in der örtlichen Umgebung oder können  
131 Wege der Finanzierung eines Studiums aufzeigen.

132

### 133 **5. Aufwertung des Lehrerberufs**

134 Grund- und Hauptschullehrer sind im Saarland in der Besoldungsgruppe A 12 bzw. in der Entgelt-  
135 gruppe E 11 eingruppiert. Damit verdienen sie weniger als ihre Kollegen an anderen Schulformen,  
136 die meist nach A 13 besoldet werden. Die Arbeit von Grundschullehrkräften ist nicht die gleiche wie  
137 die von Lehrkräften an anderen Schulformen, aber sie ist gleichwertig. Wichtig ist hierbei, dass das  
138 ganze Tätigkeitsfeld bewertet und berücksichtigt wird. Beispielsweise ist Elternarbeit eine fachliche  
139 Anforderung wie Wissensvermittlung und ebenso anspruchsvoll wie Korrekturen. Wir fordern, alle  
140 Lehrkräfte in die Besoldungsgruppe A 13 einzugruppieren, weil gute Pädagogik mehr wert ist. Die  
141 Anerkennung von Lehrkräften an Grundschulen ist wichtig. Hier muss gehandelt werden, um im  
142 Wettbewerb nicht nur mit anderen Schulformen, sondern auch anderen Bundesländern bestehen zu  
143 können.

144 Daneben fordern wir mehr Stellen, um die Unterrichtsversorgung in den Schulen zu sichern. Dabei  
145 gilt auch, dass benötigte Lehrkräfte zeitnah verbeamtet werden und somit auch hier der Lohnge-  
146 rechtigkeit Rechnung getragen wird. Erhöhungen der Besoldungs- und Versorgungsbezüge sollen  
147 auch über den 01. April 2021 hinaus in den nächsten Jahren weiter erfolgen. Um den Lehrerberuf  
148 attraktiv zu gestalten, sollen Aufstiegschancen in die Besoldungsgruppe A 14 für Lehrkräfte an allen  
149 Schulformen möglich sein. Ein weiteres Handlungsfeld ist die Verringerung des Klassenteilers.

150

### 151 **6. G8 oder G9 – Evaluierung des Status quo**

152 Seit der Einführung des achtjährigen Gymnasiums zum Schuljahr 2001/2002 und der Einführung der  
153 Gemeinschaftsschule zum Schuljahr 2012/2013 besteht aktuell für die Schüler die Wahlfreiheit, das  
154 Abitur nach 8 Jahren auf dem achtjährigen Gymnasium oder nach 9 Jahren auf der Gemeinschafts-  
155 schule zu erlangen.

156 Die Junge Union Saar begrüßt die bisherigen Bestrebungen der CDU Saar, nach der Einführung von  
157 G8 nicht verfrüht zum alten System G9 zurückzukehren, sondern das bestehende System zunächst  
158 zu optimieren, um die Systemumstellung nachhaltig evaluieren zu können.

159 Zum heutigen Zeitpunkt liegt die Einführung von G8 bereits 20 Jahre zurück, seit dem ersten G8-  
160 Abschluss im Jahr 2009 gibt es nun seit 12 Jahren die Möglichkeit der Evaluation und es tauchen  
161 immer wieder berechtigte Zweifel an diesem System auf.

162 Die Junge Union Saar misst diesem Thema höchste Wichtigkeit bei, da Bildung das höchste Gut un-  
163 seres Landes ist.

164 Um dem Abitur als allgemeine Hochschulreife und höchstem Schulabschluss wieder seine ursprüng-  
165 liche Wertigkeit zukommen zu lassen und um dessen Qualität zu steigern, bedarf es sowohl Anpas-  
166 sungen der Lerninhalte an die Herausforderungen unserer Zeit und die der Zukunft als auch Anpas-  
167 sungen der Anforderungen zum Erlangen des Abiturs auf ein höheres Niveau. Dem kann die Lehre  
168 jedoch nur mithilfe eines zusätzlichen Lernjahres gerecht werden.

169 Dies bedeutet, dass ein Abitur am Gymnasium zukünftig wieder nach 9 Jahren (G9) möglich sein soll.  
170 Ein zusätzliches Lernjahr hätte allerdings an Gemeinschaftsschulen zur Folge, dass man dort das Abi-  
171 tur erst nach 10 Jahren erlangen würde.

172 Um die reguläre Schullaufbahn zum Erlangen des Abiturs von aktuell 8 bis 9 Jahren nicht zu über-  
173 schreiten, soll das Abitur nur noch an Gymnasien absolviert werden können. Um jedoch auch den  
174 Schülern der Gemeinschaftsschule das Abitur zu ermöglichen, setzen wir uns für einen fließenden  
175 und reibungslosen Übergang nach der 10. Klasse von der Gemeinschaftsschule zum Gymnasium  
176 bzw. zum beruflichen Oberstufengymnasium ein.

177 Die Gemeinschaftsschulen sollen dadurch gestärkt werden, dass der Fokus nun noch mehr auf die  
178 einzelnen Schulabschlüsse gelegt werden kann. Ebenso wie beim Abitur sollen auch die an der Ge-  
179 meinschaftsschule angebotenen Abschlüsse inhaltlich als auch qualitativ auf ein höheres Niveau an-  
180 gehoben werden, um jedem Schulabschluss eine hohe Wertigkeit zuzuschreiben. Die Schüler sollen  
181 dadurch auf jeden weiteren Weg – ob Berufsausbildung oder Wechsel zum Gymnasium – bestmög-  
182 lich vorbereitet werden.

183

## 184 **7. Stärkung des Zwei-Säulen Systems samt aller Abschlüsse**

185 Die Junge Union Saar bekennt sich zu dem in der Saarländischen Landesverfassung festgeschriebe-  
186 nen Zwei-Säulen-System aus Gymnasien und Gemeinschaftsschulen. Dieses System wird durch die  
187 beruflichen Schulen ergänzt.

188 Schüler sollen gemäß ihren individuellen Fähigkeiten, Begabungen und Neigungen die Möglichkeit  
189 erhalten, ihrem Lerntempo entsprechend einen Abschluss erzielen zu können. Hierbei ist hervorzu-  
190 heben, dass nicht alle Schüler die allgemeine Hochschulreife erlangen können und müssen. Ausbil-  
191 dungsberufe müssen die gleiche Wertigkeit erhalten wie Berufe, für die es eines Hochschulabschlus-  
192 ses bedarf.

193 Insbesondere sprechen wir uns für die Beibehaltung und Stärkung der dualen Ausbildung im Saar-  
194 land aus. Die Anerkennung und Wertschätzung aller Abschlüsse sowie die Gleichwertigkeit von aka-  
195 demischer und beruflicher Bildung müssen gesellschaftlich wiederhergestellt werden.

196 Wir setzen uns daher für die Gleichwertigkeit der bestehenden zwei Säulen samt ihren Abschlüssen  
197 sowie deren Stärkung und Ausbau ein.

198 Die Entstehung so genannter Einheitsschulen lehnen wir strikt ab, da einzelne Schularten weder pri-  
199 vilegiert noch benachteiligt werden dürfen.

200

## 201 **8. Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung**

202 Die Junge Union Saar lässt dem Entscheidungsprozess über den weiteren Bildungsweg eine bedeu-  
203 tende Rolle zukommen, da dieser für den Werdegang der Schüler von enormer Bedeutung ist.



204 Die Expertise, Objektivität und der Weitblick des Grundschullehrers sollen genutzt werden, um die  
205 Schüler bei der Wahl des weiteren Bildungswegs individuell bestmöglich beraten zu können.

206 Um Losverfahren und Fehlentscheidungen bei der Wahl der weiterführenden Schule zu vermeiden,  
207 setzen wir uns für die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung ein.

208 Bei fehlender Empfehlung soll den Schülern neben einem Testverfahren die Möglichkeit eines Bera-  
209 tungsgesprächs mit der gymnasialen Schulleitung offenstehen, um individuelle Umstände beson-  
210 ders zu berücksichtigen.

211

## 212 **9. Ausbau der Freiwilligen Ganztagschulen**

213 Die Freiwillige Ganztagschule (FGTS) leistet neben der erleichterten Vereinbarkeit von Familie und  
214 Beruf auch pädagogisch einen wertvollen Beitrag durch die Nachmittagsbetreuung und die darin  
215 enthaltene Hausaufgabenbetreuung. Darüber hinaus bietet die FGTS zusätzliche Chancen durch die  
216 Verknüpfung von Betreuung, Erziehung und Bildung in den Schulen vor Ort.

217 Neben der Qualitätssicherung in der FGTS setzt sich die Junge Union Saar für deren Erhalt und Aus-  
218 bau ein. Auch weiterhin muss eine echte Wahlfreiheit zwischen Echten (Gebundenen) und Freiwilli-  
219 gen Ganztagschulen für die Schüler sowie deren Eltern im Saarland und damit auch in den einzelnen  
220 Landkreisen bestehen bleiben. Die Einführung von verpflichtenden Ganztagsbetreuungen lehnen  
221 wir daher ab.

222

## 223 **10. Jugendbeteiligung ausbauen und fördern**

224 Junge Menschen sollen es so leicht wie möglich haben, sich politisch zu informieren und ihre Themen  
225 an geeigneter Stelle einbringen zu können. Um die Jugendbeteiligung auszubauen und zu fördern,  
226 sollen vorhandene Angebote erweitert und neue geschaffen werden.

227 Für die Junge Union Saar soll es immer einen Gleichlauf von Rechten und Pflichten geben. Wir stehen  
228 dafür ein, dass das Wahlalter auch weiterhin an die Volljährigkeit geknüpft ist, da die jungen Erwach-  
229 senen mit dem Eintritt in die Volljährigkeit alle Rechte und Pflichten erlangen. Eine Herabsenkung  
230 des Wahlalters auf 16 Jahre lehnen wir ab.

231 Vielmehr müssen wir uns als Junge Union Saar für innovative Ideen und nachhaltige Angebote ein-  
232 setzen. So sollen mehr tagespolitische Themen in den Schulalltag implementiert werden, um Jugend-  
233 liche für Politik und somit auch für politisches Geschehen zu sensibilisieren. Ebenso sollten die An-  
234 gebote, bei denen sich Jugendliche und junge Erwachsene über die Funktionen und Aufgaben, aber  
235 auch die Bedeutung des Parlaments informieren können, deutlich ausgebaut werden. Ein Beispiel  
236 hierfür sind so genannte Jugendpolitiktage, bei denen unter Vorgabe eines festen Rahmens die Mög-  
237 lichkeit besteht, das eigene politische Verständnis nachhaltig aufzuwerten.

238 Die Durchführung des Planspiels „Jugend und Parlament“ auf Landesebene ist zudem eine Möglich-  
239 keit, jungen Erwachsenen demokratische Prozesse anschaulich näher zu bringen. Es bedarf jedoch  
240 auch echte Beteiligungsmöglichkeiten. Daher setzt sich die Junge Union Saar für die Einrichtung ei-  
241 nes Jugendlandtags ein. Bei diesem sollen die getroffenen Beschlüsse auch an das Plenum bezie-  
242 hungsweise die jeweiligen Ausschüsse weitergegeben und dort beraten werden.

243 Jugendpartizipation ist für die Junge Union Saar keine Selbstverständlichkeit. Wenn junge Menschen  
244 ihre freie Zeit beispielsweise neben der Schule oder der Ausbildung in Form einer ehrenamtlichen

245 Tätigkeit investieren, so muss dies angesehen und gewürdigt werden. Die erste Möglichkeit für  
246 Schüler, sich ehrenamtlich aktiv an der Mitbestimmung zu beteiligen ist die Schule. Die freiwillige  
247 Tätigkeit als Klassensprecher oder in der Schülerversammlung stellt für viele neben der schulischen  
248 Tätigkeit einen erheblichen Teil der Freizeit dar. Als Würdigung dieser Tätigkeiten sehen wir es als  
249 wichtig an, diese Tätigkeiten auf dem Zeugnis kenntlich zu machen und besonders hervorzuheben.  
250 Hierdurch erfährt die Tätigkeit des Schülers nicht nur eine besondere Würdigung, sondern hierdurch  
251 wird auch das durch das Zeugnis vermittelte Bild vervollständigt.

252

## 253 **11. Saarland als Wissenschaftsstandort sichern**

### 254 **1) Europa**

255 Die deutsch-französische Gründungsgeschichte der Universität des Saarlandes (UdS) und ihre inter-  
256 disziplinäre Europaforschung sind Alleinstellungsmerkmale. Gerade die Lage im Herzen Europas und  
257 der Großregion ermöglicht grenzüberschreitende und mehrsprachige Studiengänge und sorgt für  
258 eine große Zahl an internationalen Studenten vor allem aus Luxemburg und Frankreich. Diese Stu-  
259 diengänge gilt es zu erhalten und auszubauen, um die Attraktivität der UdS und der weiteren Uni-  
260 versitäten in der Großregion zu steigern. Zudem fordern wir zur Förderung eines besseren Aus-  
261 tauschs in der Großregion und zur Attraktivierung und Unterstützung der grenzüberschreitenden  
262 Studiengänge und Lehre ein günstiges ÖPNV-Ticket der Großregion.

263

### 264 **2) NanoBioMed**

265 Der zukunftsweisende Forschungsschwerpunkt "NanoBioMed" der UdS und des Universitätsklini-  
266 kums des Saarlandes (UKS) sitzt an der Schnittstelle verschiedenster naturwissenschaftlicher Dis-  
267 ziplinen, wodurch Synergieeffekte hervorgerufen werden.

268 Dennoch besteht hier aufgrund der Abhängigkeit von einer Ausstattung, die dem aktuellen sich  
269 ständig weiterentwickelnden Stand der Wissenschaft entspricht, ein großer Finanzbedarf. Zu dessen  
270 Deckung fordern wir ein verstärktes staatliches Engagement, ebenso fordern wir die Bemühung um  
271 weitere Forschungseinrichtungen und Lehrstühle in diesem Bereich.

272 In diesem Zusammenhang begrüßen wir die von Bund und Land für das Helmholtz-Institut für Phar-  
273 mazeutische Forschung Saarland (HIPS) bereitgestellten Mittel i.H.v. 70 Mio. Euro bis 2025, die un-  
274 ter anderem zur Erweiterung des HIPS vorgesehen sind. Auch weil dadurch die Forschung am Zu-  
275 kunftsthema "antimikrobielle Resistenzen", dessen Wichtigkeit die aktuelle COVID-19-Pandemie  
276 zeigt, gestärkt wird. Auf diesem Erfolg dürfen wir uns allerdings nicht ausruhen, daher fordern wir,  
277 dass sich das Land um weitere Ansiedlungen in diesem Bereich bemüht und für eine ausreichende  
278 finanzielle Ausstattung von Forschung und Lehre sorgt. Damit kann auch den Studenten des  
279 deutschlandweit hoch anerkannten Studiengangs der Pharmazie an der UdS eine Perspektive in un-  
280 serem Bundesland geboten und mit der richtigen Wirtschaftsförderung hoffentlich auch die daraus  
281 resultierende Wertschöpfung im zukunftssicheren Bereich der Pharmazeutischen Industrie für un-  
282 ser Land gewonnen werden.

283

### 284 **3) Informatik**

285 Auch wenn die Universität des Saarlandes im Jahr 2019 erstmals nicht mit einem Exzellenzcluster  
286 bedacht wurde, so ist die Informatik an der UdS nach wie vor eine der absoluten Topstandorte,  
287 sowohl was Lehre, als auch was Forschung im Bereich Informatik anbelangt.

288 Um bei der nächsten Förderrunde der Exzellenzinitiative erneut berücksichtigt zu werden, muss si-  
289 chergestellt werden, dass auch ohne Exzellenzcluster die Forschung in der Informatik ausreichend  
290 finanziert wird, um konkurrenzfähig zu bleiben.

291 Daher fordern wir, dass die Informatik als eines der Aushängeschilder der Universität des Saarlandes  
292 in besonderem Maße gefördert und finanziert wird.

293 Im Allgemeinen weist die Junge Union Saar der Start-Up-Förderung eine bedeutende Rolle zu, die  
294 zu einer außeruniversitären Berufsperspektive beiträgt und das Saarland als Wissenschaftsstandort  
295 aufwertet.

296

## 297 **12. Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Großregion stärken**

298 Der Ausbau und die Stärkung der Großregion ist eine der wichtigsten Aufgaben des Saarlandes und  
299 der beteiligten Regionen. Gerade im Bereich Bildung gilt es noch viele Punkte umzusetzen.

300 Wir fordern den Ausbau und die Stärkung des Französischunterrichts in den Schulen und Bildungs-  
301 einrichtungen. Neben des verpflichtenden dreijährigen Französischunterrichts muss die bilinguale  
302 Erziehung bereits in Kindergarten und Vorschule fokussiert werden. Hier sollten Pilotprojekte nach  
303 und nach in der gesamten Großregion ausgerollt werden. Die Ausbildung der entsprechenden Erzie-  
304 henden sollte gemeinsamen Standards folgen.

305 Luxemburgische Sprachkenntnisse sollten aus unserer Sicht auf freiwilliger Basis erworben werden  
306 können.

307 An allen Gymnasien des Saarlandes sollte aus unserer Sicht bis zum Jahr 2035 der gleichzeitige Er-  
308 werb von Abitur und Bac möglich sein. Ziel sollte eine Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen  
309 Bildungssystemen der Großregion sein.

310 Auch die berufsbildenden Schulen sollten künftig in der Großregion stärker vernetzt werden und  
311 auch gemeinsame Standards in den Abschlüssen erfahren.

312 Best practise Lösungen müssen durch einen Bildungspreis der Großregion wertgeschätzt und als  
313 Vorbild für andere herausgestellt werden.

314 Grenzüberschreitende Forschungsprojekte müssen im Rahmen der Universität der Großregion in-  
315 tensiviert werden. Ein gemeinsamer, auf großregionaler Ebene angesiedelter Fördertopf soll ent-  
316 sprechende Projekte finanzieren.

317 **II. Arbeitskreis für Digitalisierung**

318

319 **1. Präambel - Einführung eines Digitalministeriums**

320 An der Bedeutung der Digitalisierung bestehen keine Zweifel mehr. Spätestens während der  
321 Corona-Pandemie hat sich herauskristallisiert, dass das Thema Digitalisierung das drängendste un-  
322 serer Zeit ist, da es *alle* anderen Frage-/Problemstellungen tangiert. Es gibt in unserer heutigen Welt  
323 kaum noch Bereiche, die dem Thema Digitalisierung entfliehen können.

324 Die Junge Union Saar schätzt und befürwortet die von der Staatskanzlei ausgehenden Bemühungen  
325 beim Thema Digitalisierung, fordert aber noch weitergehende Maßnahmen. Wir wollen, dass diesem  
326 enorm wichtigen Thema auch in der politischen Landschaft der Platz eingeräumt wird, der ihm ge-  
327 bührt. Wir fordern die Einrichtung eines Digitalministeriums, welches sich sowohl um die lange über-  
328 fällige Digitalisierung unserer Verwaltung als auch um die Digitalisierung unseres Landes hauptver-  
329 antwortlich kümmert.

330 Darüber hinaus würde ein Digitalministerium die Bestrebungen des Saarlandes, sich als IT-Standort  
331 "Saarvalley" zu etablieren, deutlich unterstreichen. Insbesondere, da andere Länder bereits in die-  
332 sem Bereich Vorreiter sind und Ministerien für Digitalisierung eingeführt haben (z. B. Bayern, NRW,  
333 Hessen), sollte das Saarland hier nicht ins Hintertreffen geraten.

334

335 **2. Netzausbau**

336 Was Breitbandausbau und mobilen Netzausbau – die Grundlage der Digitalisierung – angeht,  
337 herrscht im Saarland dringender Nachholbedarf.

338 Durch die Anstrengungen der letzten Jahre zum Netzausbau sind inzwischen über 97% der saarlän-  
339 dischen Haushalte mit mindestens 50Mbit/s versorgt, jedoch nur 85% mit mindestens 100Mbit/s.

340 Lediglich 3% aller saarländischen Haushalte sind aktuell direkt per Glasfaser ans Internet ange-  
341 schlossen. Damit ist das Saarland bundesweites Schlusslicht, wobei auch die Bundesrepublik mit  
342 13,8% im Durchschnitt noch weit hinter dem EU-Durchschnitt (33,5%) zurückliegt.

343 Die aktuell zugrundeliegende technische Netzinfrastruktur (Telefonnetz aus Kupferkabeln) ist trotz  
344 technischer Maßnahmen (Vectoring) in der Geschwindigkeit bereits ausgeschöpft und für eine zu-  
345 kunftsfähige Internetversorgung in den nächsten Dekaden ungeeignet.

346 Deshalb fordern wir schnellstmöglich und flächendeckend den saarlandweiten Ausbau von Glasfa-  
347 seranschlüssen bis zum Haus, die eine Datenübertragung von mindestens 1 Gbit/s ermöglichen.

348 Der Mobilfunkbereich wurde im Saarland im vergangenen Jahrzehnt bereits recht erfolgreich ausge-  
349 baut; viele Funklöcher wurden geschlossen und schlecht versorgte Gebiete mit einem modernen  
350 mobilen Netz ausgestattet. Leider gibt es besonders im ländlichen Raum weiterhin schwarze Fle-  
351 cken. Mit der Abschaltung des 3G-Netzes dürfte sich das Problem zumindest teilweise verschärfen.  
352 Deshalb fordern wir, die neu entstehenden Lücken schnellstmöglich zu schließen, und auch den Aus-  
353 bau des neuen Mobilfunkstandards 5G – insbesondere auch in ländlichen Regionen – zügig voran-  
354 zutreiben.

355

### 356 3. Digitales Rathaus

#### 357 1) Vision

358 Für die digitale Verwaltung in der heutigen Zeit hat die Junge Union eine klare Vision: Wir wollen  
359 eine moderne Verwaltung, die (nahezu) gänzlich digitalisiert ist. Wir wünschen uns für ganz  
360 Deutschland die Einführung eines digital nutzbaren Ausweises/einer digitalen Kennung, welche es  
361 möglich macht, alle Behördengänge bundesweit einheitlich zu erledigen.

362 Für das Saarland bedeutet das aber keinesfalls, dass wir darauf warten dürfen, bis derartige Möglich-  
363 keiten vom Bund bereitgestellt werden. Wir fordern vielmehr, dass das Saarland hier als Pionier vo-  
364 rangingt. Während ein digitaler Ausweis natürlich nicht im Alleingang möglich ist, gibt es zahlreiche  
365 Maßnahmen, welche auf Landesebene angestoßen werden können und womit das Saarland Vorbild-  
366 funktion übernehmen kann.

367 Darüber hinaus sehen wir in einer gelungenen Digitalisierung der Verwaltung einen weiteren wich-  
368 tigen Aspekt: Nur, wenn das Land als Vorbild im Bereich Digitalisierung vorangeht, kann auch erwart-  
369 et werden, dass die Privatwirtschaft entsprechend folgt. Wir fordern von der Politik und der öffent-  
370 lichen Verwaltung eine Vorbildfunktion im Bereich der Digitalisierung, um unserem Anspruch als  
371 "Saarvalley" gerecht zu werden.

372

#### 373 2) Bürokratieabbau

374 Die Digitalisierung in der saarländischen kommunalen Verwaltung beschränkt sich momentan  
375 (wenn überhaupt vorhanden) vornehmlich darauf, Prozesse, welche zuvor manuell bearbeitet wor-  
376 den sind, digital in exakt der gleichen Art und Weise zu bearbeiten. Zum Teil ist es paradox: Während  
377 Anträge digital gestellt werden können, müssen diese auf Seite der Verwaltung weiterhin manuell  
378 behandelt werden.

379 Digitalisierung bedeutet aber *nicht*, frühere Prozesse in gleicher Weise beizubehalten und mit dem  
380 Computer zu bearbeiten, sondern Prozesse schlanker, einfacher und automatisiert durchzuführen.

381 So kann eine Gewerbeanmeldung bspw. in Saarbrücken digital durchgeführt werden. Die Bearbei-  
382 tung erfolgt jedoch in gleicher Weise wie bisher und der Gewerbeschein wird postalisch zugestellt.  
383 Wieso wird der Antrag nicht automatisiert vorgeprüft und die Anmeldung des Gewerbes im Regelfall  
384 noch am gleichen Tag per E-Mail bestätigt? Unregelmäßigkeiten, welche ebenfalls automatisiert er-  
385 kannt werden sollten, oder komplexe Anträge von großen Unternehmen, könnten immer noch ma-  
386 nuell nachgeprüft bzw. bearbeitet werden.

387 Neben der Anpassung der Prozesse muss dann auch die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter vo-  
388 rangetrieben und die entsprechenden technischen Voraussetzungen erfüllt werden.

389 Darüber hinaus müssen aber auch die Bedürfnisse der Bürger bei einer solchen Modernisierung be-  
390 achtet werden. Es ist zwingend erforderlich, Prozesse so zu gestalten, dass sie verständlich und ein-  
391 fach zugänglich sind. Bei allen Behördengängen soll nur ein einheitliches Autorisierungsverfahren  
392 Anwendung finden. Aber auch andere Hürden, die sich einem bei der Antragstellung entgegenstel-  
393 len, müssen abgebaut werden.

394 Die zwingend notwendige Überarbeitung des Portals [www.buergerdienste-saar.de](http://www.buergerdienste-saar.de) stellt dabei aber  
395 nur eine vorübergehende Lösung dar.

396

#### 397 3) Services als Plattform

398 Wir fordern eine Plattform, die dem Teilhabeanspruch der Bürger ebenso gerecht wird, wie deren  
399 Informationsanspruch.

400 Der allen Bürgern zustehende Teilhabeanspruch an öffentlichen Leistungen kann durch diese um-  
401 fassend in Anspruch genommen werden, wenn der Informationsfluss gewährleistet ist. Hierzu kann  
402 die Digitalisierung einen Beitrag leisten, indem Zugänglichkeit, Standardisierung und Barrierefrei-  
403 heit geschaffen und ausgebaut werden. Abweichende Außenrepräsentationen von Behörden und  
404 unterschiedliche Formulare – auch innerhalb einer Behörde – erschweren Bürgern die Inanspruch-  
405 nahme von Rechten und Mitteln. Wir fordern die Schaffung einer landesweiten Plattform einschließ-  
406 lich entsprechender „Pfleger“.

407 Dort sollen Formulare jedweder Art in einheitlicher und barrierefreier Form so bereitgestellt werden,  
408 dass Bürger, unabhängig davon, ob Sie selbst als Private oder als Anbieter – insb. sozialer Projekte –  
409 auftreten, auf diese möglichst intuitiv zugreifen können. Es muss eine transparente Struktur ge-  
410 schaffen werden, anhand derer insb. Bürger mit sozialen Benachteiligungen (Sozialhilfeberechtigte,  
411 beeinträchtigte Personen etc.) nachvollziehen können, welche Ansprüche ihnen zustehen und wie  
412 Sie diese in Anspruch nehmen können. Gleiches muss selbstverständlich auch für andere Bevölke-  
413 rungsgruppen, wie Eltern, Rentner u.s.w. gelten.

414 Mittels technischer Verknüpfungen muss das „Einmalprinzip“ ermöglicht, also die mehrfache Bean-  
415 tragung an unterschiedlichen Stellen überflüssig, werden. Auch der Informationsanspruch der Bür-  
416 ger soll gestärkt werden, indem eine einheitliche und transparente, digitale und öffentlichkeitswirk-  
417 same Veröffentlichung staatlicher Projekte sowie Projektplanungen- und Fortschritte und die Mög-  
418 lichkeit zur konstruktiven Stellungnahme hierzu stattfindet.

419

#### 420 **4) Technische Ausstattung & Schulung aller Mitarbeiter**

421 Die Idee eines digitalen Rathauses ist maßgeblich von der technischen Ausstattung und der Kompe-  
422 tenz der Mitarbeiter abhängig. Unser Anliegen ist daher die Etablierung geeigneter Schulungsmög-  
423 lichkeiten für Mitarbeiter aller Hierarchiestufen und Kompetenzniveaus. Um die Akzeptanz der Mit-  
424 arbeiter und die Verbindlichkeit zu den digitalen Systemen zu fördern, sprechen wir uns dafür aus,  
425 bereits bei Projektierungen und in den Projektphasen Mitarbeiter zu beteiligen und gemeinsam eine  
426 passende digitale Lösung und Prozessabbildungen zu generieren.

427 Um der Digitalisierung Rechnung zu tragen und alle Potenziale auszuschöpfen, ist auf die Auswahl  
428 solider und zeitgemäßer Technologien und EDV-Systeme maßgeblich zu achten. Die Vorstellung ei-  
429 nes digitalen Rathauses besticht durch Vereinfachung und Verschlinkung von Prozessen durch ein  
430 (nahezu) papierloses System mit redundanten Sicherungen, die Mehrfachdatenerfassungen und -  
431 haltung überflüssig machen.

432 Mit Einführung der Systeme soll die verpflichtende Nutzung von digitalen Lösungen und Konzepten  
433 zur transparenten und behördenübergreifenden Bearbeitung bereitstehen und alternative Ströme  
434 (weitere Bearbeitung von Papierdokumenten) sollen ausgeschlossen werden.

435

#### 436 **5) Technische Ausstattung als Grundlage moderner Ratsarbeit**

437 In vielen Gemeinden gibt es sie schon, in einigen aber noch nicht – Tablets für Ratsmitglieder. Sie  
438 bilden, gemeinsam mit einem Ratsinformationssystem, die Grundlage gelungener moderner Ratsar-  
439 beit, ohne stapelweise ausgedruckte Sitzungsvorlagen. Viele dieser Systeme sind jedoch unüber-  
440 sichtlich und nicht benutzerfreundlich. Ein einheitliches System auf Landesebene, das den Bedürf-  
441 nissen der Ratsmitglieder gerecht wird, ist unserer Ansicht nach dringend notwendig. Doch mit der  
442 Bereitstellung von Geräten und Plattform ist es nicht getan. Für uns gehört noch einiges mehr dazu,  
443 insbesondere ein digitales Protokollarchiv, und zwar nicht nur für Sitzungen, deren Protokoll nach  
444 der Einführung des Informationssystems ohnehin digital zur Verfügung gestellt wird, sondern auch  
445 rückwirkend. Viele Entscheidungen, die getroffen werden müssen, haben ihren Ursprung in früheren

446 Entscheidungen, die für neue Ratsmitglieder nicht immer nachvollziehbar sind. Um einen verant-  
447 wortungsbewussten Umgang mit den zu treffenden Entscheidungen gewährleisten zu können, ge-  
448 hört ein digitales Protokollarchiv daher zu den Grundlagen verständiger, informierter Ratsarbeit.  
449 Hinzu kommt eine umfassende Bereitstellung von Bebauungsplänen, Flächennutzungsplänen u. Ä.,  
450 was auch nicht in allen Gemeinden der Fall ist.

451

## 452 **6) Digitale Ratsarbeit**

453 Ein hervorzuhebender Punkt ist die zunehmende Politikverdrossenheit der Bürger, speziell bei der  
454 jungen Generation. Diese basiert jedenfalls teilweise darauf, dass auf politischer Ebene Entschei-  
455 dungen getroffen werden, die für politisch nicht aktive Bürger nicht nachvollziehbar sind. Eine tragende  
456 Rolle spielt hierbei die fehlende Information über die öffentliche Zugänglichkeit der Sitzungen sowie  
457 die – insb. für Berufstätige unpraktische – Notwendigkeit der persönlichen Präsenz. Um dem entge-  
458 genzuwirken ist eine verpflichtende Übertragung von Sitzungen per Livestream ein einfaches, kos-  
459 tengünstiges und sinnvolles Mittel, um mehr Transparenz und daraus folgend eine größere Akzep-  
460 tanz für politische Entscheidungen zu schaffen.

461 Sich in seiner Heimatgemeinde zu engagieren ist für viele junge Menschen ein wichtiges Anliegen.  
462 Sich politisch zu engagieren ist allerdings immer dann schwierig, wenn man aufgrund von Ausbil-  
463 dung oder Studium für absehbare Zeit in eine andere Stadt ziehen muss, beruflich viel unterwegs ist  
464 oder familiäre Verpflichtungen bewerkstelligt werden müssen. Der Erstwohnsitz ist dabei zwar meist  
465 in der Heimatgemeinde, politisches Engagement wird allerdings in Bezug auf Ratsarbeit schwierig,  
466 da Sitzungstermine, die werktags stattfinden, nicht wahrgenommen werden können. Wir sprechen  
467 uns klar gegen rein digitale Ratssitzungen aus, fordern aber die Möglichkeit zu schaffen, dass Rats-  
468 sitzungen in hybrider Form stattfinden. Hierbei soll die Möglichkeit geschaffen werden, sich zu Rats-  
469 sitzungen digital hinzuschalten zu können, um aktiv das Leben in seiner Heimatgemeinde mitgestal-  
470 ten zu können.

471

## 472 **7) Datensicherheit**

473 Bei der Etablierung von Digitalisierung fordert die Junge Union Saar: höchste Priorität für Datensi-  
474 cherheit und Transparenz der Datennutzung.

475 Wir fordern die Einführung des „Einmalprinzips“, also die singuläre Speicherung von Daten. Es muss  
476 klar zugeordnet werden, welche Daten bei welcher Behörde gespeichert sind. Bei der Nutzung der  
477 Daten können dann automatisierte Abfragen am jeweiligen Speicherort über die eindeutige ID vor-  
478 genommen werden. Darüber hinaus stellt das Einmalprinzip eine besondere Art der Datensicherheit  
479 dar: selbst wenn einzelne Behörden Opfer von Datenklau werden würden, so wären nur Teile und  
480 nicht die Gesamtheit der Daten einer Person gestohlen und insbesondere in der Mehrheit der Fälle  
481 keine Zuordnung von Daten auf Person möglich.

482 Diese Art der Datenverwaltung orientiert sich am Vorbild Estland. Nicht nur wird den Bürgern damit  
483 transparent vermittelt, wo die jeweiligen Daten gespeichert sind, sondern es bietet durch einseh-  
484 bare Log-Einträge zusätzlich Sicherheit gegen unbefugte Zugriffe und Datenmissbrauch. Während  
485 im aktuellen, analogen Zustand nicht nur Daten ineffizient mehrfach gespeichert werden und es ab-  
486 solut undurchsichtig ist, wer sich im Rathaus welche Daten angeschaut hat, wird demgegenüber  
487 durch Einmalprinzip und Datentransparenz Datensicherheit gewährleistet. Jedem/r Bürger muss die  
488 Möglichkeit gegeben werden Beschwerde einzureichen, sofern der Verdacht des unbefugten Daten-  
489 missbrauchs besteht. Zwecks Nachprüfbarkeit muss jedem/r Bürger ein Anspruch zustehen, in re-  
490 gelmäßigem Turnus zu überprüfen, welche Behörden wann auf welche Daten zugegriffen hat.

491 Die Junge Union Saar fordert die Konzipierung dieser digitalen Datenverwahrung unter Einbezie-  
492 hung einschlägiger Experten, wie z. B. des CISPA. Dabei ist auch zu beachten, dass es regelmäßige,  
493 nicht im Alltag zugreifbare Back-ups geben muss, die im Idealfall auf Servern außerhalb der Bundes-  
494 republik verschlüsselt in sicheren EU-Drittstaaten verwahrt werden.

495

#### 496 **4. Datenschutz – Aufklärung und Prävention**

497 Während für Schüler in Form von Workshops Aufklärungsarbeit geleistet wird (UDZS und LMS), fehlt  
498 es im Übrigen an ausreichender Aufklärung und Sensibilisierung. Lehrkräften müssen klare Nut-  
499 zungsbedingungen bzgl. altersgerechter Mediennutzung bereitgestellt werden, damit nicht in da-  
500 tenschutzwidriger Weise von bereitgestellten Plattformen abgewichen wird. Es müssen staatliche  
501 Mittel zur Stärkung der Fachkompetenz auf Lehrerseite (Ausbau von Fortbildungsprogrammen, päd-  
502agogische Tage) und Elternseite (Elternabende) bereitgestellt werden.

503 Das Saarland sollte es sich zur Aufgabe machen, nicht nur was technischen Fortschritt, sondern auch  
504 was mediale Kompetenz und effektive Regulierung angeht eine Vorreiterposition einzunehmen.  
505 Dass es hier an Aufklärung fehlt, zeigt – trotz Grundrechtsbezugs – einerseits die Ablehnung staat-  
506 licher, als sicher eingestufte Angebote (z. B. Corona-Warn-App), andererseits, dass undurchsich-  
507 tige, überbürokratisierte privatrechtliche Richtlinien „blind“ akzeptiert werden.

508 Während der Datenschutz in bundesweiten Medien regelmäßig durch Bußgelder auf sich aufmerk-  
509 sam macht, macht es sich das Unabhängige Datenschutzzentrum des Saarlandes explizit zur Auf-  
510 gabe, präventiv tätig zu werden und unterstützt durch konkrete Vorgaben und Anleitungen u. A. mit  
511 der EU-DSGVO überforderte Vereine. Da im Saarland nur 21 Mitarbeiter für das gesamte Tätigkeits-  
512 feld zu Verfügung stehen (selbst Bremen hat trotz fehlender Kommunen 27), verbleiben neben der  
513 Aufsichtsarbeit kaum Ressourcen für präventive Angebote. Eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit  
514 könne, z. B. in Form einer „Tour durch die Landkreise“ (Sensibilisierung bzgl. Datenabfragen, online-  
515basierten Betrugs-Maschen etc.) stattfinden.

516

#### 517 **5. Zentrales Förderwerk**

518 Beim Thema Zukunft des Saarlandes als bedeutender IT-Standort („Saarvalley“) stellt das Thema  
519 Start-ups & Neugründungen einen wesentlichen Baustein dar. Es gibt zahlreiche Player im Saarland,  
520 welche Start-ups im technologischen Bereich fördern und in der Förderphase begleiten (u. A.: saaris,  
521 KWT / WuT, IT Inkubator, Fase15, Startup House, ...).

522 Die schiere Zahl der Organisationen, die sich in diesem Bereich beteiligen, stellt sowohl die Bedeu-  
523 tung dieses Sektors für das Saarland und die Stärke der saarländischen IT-Wirtschaft heraus, stellt  
524 aber zugleich eine der größten Herausforderungen beim Thema Neugründungen dar: Man sieht vor  
525 lauter Bäumen den Wald nicht! Nicht nur, dass es für (angehende) Gründer nahezu unmöglich ist,  
526 hier den Überblick zu behalten und zu entscheiden, welche Organisation für das eigene Vorhaben  
527 die Beste ist, auch die Anforderungen und organisatorischen Abläufe sind gänzlich verschieden.

528 Die Junge Union Saar begrüßt daher das Vorgehen der Landesregierung, all diese Player in einer  
529 Dachgesellschaft zusammenzufassen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, der aber nicht weit  
530 genug geht: Wir fordern, zumindest alle staatlichen Organisationen zusammen zu fassen. Wir sehen  
531 darin folgende Vorteile:

- 532 1. Bessere Übersichtlichkeit über die bestehenden Möglichkeiten für Gründer,
- 533 2. Einheitliche Anforderungen und Organisation,



534 3. Schlankere, zusammengefasste Verwaltung und damit weniger nötige Kosten für die Ver-  
535 waltung und

536 4. Ein einheitliches Konzept zur Förderung von Unternehmensgründungen.

537 Im Schritt dieser Vereinheitlichung empfinden wir es als unglaublich wichtig, dass für Unternehmen,  
538 welche bereits erste Schritte mit geringem Kapital gegangen sind und ihre prinzipielle Marktfähig-  
539 keit bewiesen haben, Venture Kapital zur Verfügung gestellt wird. Damit erhoffen wir uns, aussichts-  
540 reichen Unternehmen mit Wachstumspotenzial zu zügiger Expansion verhelfen zu können und so  
541 national & global Player im Saarland zu verankern.

542

## 543 **6. Anlaufstelle für Unternehmen zur Digitalisierungsberatung**

544 Aktuell haben insbesondere kleinere und mittelständische Betriebe mit der Problematik zu kämpfen,  
545 dass finanzielle Anreizsysteme (z. B. DigitalStarter Saarland) für die Einführung digitaler Lösungen  
546 zu eindimensional sind und nicht den Kern des Problems erfassen.

547 Unserer Meinung nach ist die finanzielle Förderung von Maßnahmen nur in Kombination mit einer  
548 kostenfreien, professionellen und staatlich organisierten zentralen Digitalisierungsberatung sinn-  
549 voll.

550 Ziel der Maßnahmen muss es sein, ein grundlegendes Verständnis für digitale Prozesse und Lösun-  
551 gen zu etablieren und die Maßnahmen zielgerichtet auf das jeweilige Unternehmen und dessen Pro-  
552 zessabläufe abzustimmen. Hierfür sollen kostenfreie Beratungen und Präsenzbegehungen für KMU  
553 angeboten werden, die zu disruptiven und konstruktiven Geschäftsmodellbewertungen anregen  
554 und mögliche Lösungen aufzeigen sollen.

555 Eine weiterführende Verzahnung zum Dachförderwerk ist nach Meinung der Jungen Union Saar  
556 sinnvoll, um Start-ups und KMU zusammenzubringen und u.U. Synergien zu generieren. Vor diesem  
557 Hintergrund sprechen wir uns für die Durchführung von Reverse-Pitch-Events aus, die durch die An-  
558 laufstelle zur Digitalisierungsberatung, organisiert und moderiert werden.

559

## 560 **7. Besondere Förderung von Wissenstransfers der Hochschulen in die Industrie**

561 Insbesondere im Bereich *Informatik* ist im Saarland exzellente Forschung angesiedelt. Mit dem DFKI  
562 und dem CISPA haben auch renommierte Forschungsinstitute ihren Sitz im Saarland.

563 Damit die Industrie und das Saarland entsprechend profitieren reicht es allerdings nicht, die exzel-  
564 lente Forschung an der Universität zu belassen! Diese muss in die saarländische Privatwirtschaft  
565 hinein getragen werden.

566 Im Rahmen der Dachgesellschaft/der geforderten Vereinigung der Organisationen der Start-up För-  
567 derung fordert die Junge Union Saar daher, insbesondere Unternehmen, welche einen solchen Wis-  
568 senstransfer leisten, nicht nur vereinfacht, sondern auch in besonderem Maße zu fördern.

569 Um eine solche Förderung unkompliziert ins Leben rufen zu können sollten auch vermehrt saarlän-  
570 dische Kooperationsprogramme mit Lehrstühlen & Unternehmen auf den Weg gebracht werden.  
571 Diese sollen sich insbesondere an Masterstudenten oder Doktoranden in der Endphase ihres Studi-  
572 ums richten & unkompliziert die Möglichkeit geben, einen lückenlosen Übergang von Forschung in  
573 Wirtschaft zu ermöglichen.

574

575 **8. Smart City**

576 ***Die Daseinsvorsorge stellt eine wichtige Dimension der lokalen Lebensqualität dar.***

577 Der ländliche Raum ist zunehmend geprägt von demografischem Wandel, Bevölkerungsrückgang  
578 und einer damit einhergehenden Strukturschwäche. Erschwert durch jahrzehntelange wirtschaftli-  
579 che Abwanderung, ist eine Grundversorgung im ländlichen Raum teils nicht mehr gewährleistet.  
580 Mangels wirtschaftlicher Anreize durch die Kommunen oder der Kaufkraft in den Orten, lohnt es  
581 sich für kleine Unternehmen oft nicht, sich im ländlichen Raum zu halten bzw. anzusiedeln; gleich-  
582 zeitig fehlt die Finanzausstattung auf Seiten der Kommunen, eine Förderung einzurichten. Gemein-  
583 sam können Konzepte entwickelt werden, deren marktwirtschaftliche Umsetzung – unterstützt  
584 durch neue Technologien – in der Verantwortung der Unternehmen liegt, um langfristig eine Ver-  
585 sorgung auch kleinerer Dörfer zu ermöglichen. Um eine effektive Grundversorgung auch im ländli-  
586 chen Raum gewährleisten zu können, müssen insbesondere Läden des täglichen Bedarfs oder klei-  
587 nere lokale Dienstleistungsbetriebe unterstützt und in einem Konzept zusammengeführt werden.

588 Wir fordern, die ländliche Strukturentwicklung kritisch zu hinterfragen und Ressourcen bereitzustel-  
589 len, mittels derer nachhaltige digitale (Versorgungs-)Systeme geschaffen und im Sinne einer ge-  
590 meinschaftlichen Lösung ausgebaut werden können. Denn durch digitale Systeme können verschie-  
591 dene Facetten der wohnortnahen Grundversorgung sichergestellt werden. Neben einem überkom-  
592 munalen Wissensaustausch bzw. der Kollaboration, soll über die bereitzustellenden Ressourcen eine  
593 digitale Plattform aufgebaut/ ausgebaut werden, mit dem Ziel ein ausgewogenes Mittel zwischen  
594 Angebot und Nachfrage zu schaffen. Ziel für alle Bürger soll es sein, barrierefrei und direkt einen  
595 Zugriff zu Leistungen (Waren des täglichen Bedarfs, Dienstleistungen) zu erlangen. Bestandteil der  
596 Forderung ist ebenso der gebündelte smarte und CO2-effiziente Weg der Lieferkette bzw. der Emp-  
597 fang der Ware an einem zentralen Ort, um die soziale Gemeinschaft zu stärken und dem Dorfleben  
598 eine neue Mitte zu geben.

599  
600  
601  
602  
603  
604  
605  
606  
607  
608  
609  
610  
611  
612  
613  
614  
615  
616  
617  
618  
619  
620  
621  
622  
623  
624  
625  
626  
627  
628  
629  
630  
631  
632  
633  
634  
635  
636  
637  
638  
639  
640  
641  
642

### III. Arbeitskreis für Europa und Internationales

#### 1. Das Saarland in der Großregion - Interregional Zusammenarbeit stärken

Das Saarland liegt nicht nur geografisch im Herzen Europas, sondern ist auch aufgrund seines politischen Selbstverständnis ein Motor der regionalen grenzüberschreitenden Integration. Gemeinsam mit den französischen, luxemburgischen, belgischen und auch deutschen Partnerregionen hat sich in den letzten Jahrzehnten ein beachtliches institutionelles Kooperationsgeflecht entwickelt. Das Governance der Großregion besteht dabei vor allem aus exekutiver sowie legislativer Zusammenarbeit, welche durch verschiedenste wirtschaftliche und kommunale Akteure ergänzt wird. Zudem existieren erfolgreiche Bildungsprojekte wie die „Universität der Großregion (UniGr)“ oder viele Schulpartnerschaften.

Obwohl die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Großregion ein Erfolgsprojekt ist und als Modellregion für die gesamte EU angesehen wird, gilt es Herausforderungen zu bewältigen und gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. Gerade auch während der Corona-Pandemie wurde einmal mehr deutlich, wie wichtig der Informations- und Erfahrungsaustausch in etablierten Gremien ist, um komplexe Probleme zu lösen. Daher fordert die Junge Union Saar, die Corona-Pandemie als Anlass zum Performance-Check zu nutzen. Getreu dem Motto Jean Monnets, dass Europa in Zeiten von Krisen geschaffen wurde, kann die Corona-Krise auch dabei helfen, Institutionen und Prozesse der Großregion auf ihre Leistungsfähigkeit zu überprüfen.

Des Weiteren ist in diesem Jahr das 2003 beschlossene politische Strategiepapier “Zukunftsbild 2020” der Großregion ausgelaufen. Jenes wurde damals in Auftrag gegeben, da die Erstellung einer grenzüberschreitend abgestimmten Zukunftsperspektive für dringend geboten angesehen wurden.

#### 2. Europa vernetzen – das Saarland zum Drehkreuz für den europäischen Bahnverkehr machen

Die Junge Union Saar möchte den grenzüberschreitenden ÖPNV ausbauen, CO2 Emissionen verringern und die Position des Saarlandes im Herzen Europas stärken. 2021 ist das Europäische Jahr der Schiene und das nicht ohne Grund. Europa muss über die Schiene besser vernetzt werden. Ein breites Bahnangebot hilft gerade regional dabei, die Großregion besser zu vernetzen. Nach Angaben der Europäischen Kommission entfallen 25% der Treibhausgasemissionen der EU auf den Verkehr. Mit Investitionen in den europäischen Schienenverkehr möchte die Junge Union Saar das Saarland über die Schiene vernetzen, CO2 einsparen und Saarbrücken zum europäischen Bahn-Drehkreuz machen.

Mit dem Ausbau einer Direktverbindung von Saarbrücken nach Luxemburg und Brüssel wird eine Brücke von der saarländischen Landeshauptstadt zu den europäischen Hauptstädten Luxemburg und Brüssel gebaut. Durch die geplante Verkürzung der Fahrzeit von Luxemburg nach Brüssel von drei auf zwei Stunden sollen Zugfahrer die europäische Hauptstadt von Saarbrücken noch schneller erreichen können. Neben der Vernetzung der Hauptstädte würde es durch eine Direktverbindung gelingen, die Großregion zu vernetzen und insbesondere den nach Luxemburg pendlerstarken Landkreis Merzig-Wadern mit der Hauptstadt des Großherzogtums Luxemburg zu verbinden. Diese Strecke erhöht den Fahrkomfort und bietet den Grenzpendlern eine CO2-neutrale Alternative zum Auto. Wir fordern die Bundesregierung und die Europäische Union dazu auf, dieses Projekt in den Investitionsplan für ein nachhaltiges Europa aufzunehmen.

Zudem unterstützen wir die Forderung der deutsch-französischen parlamentarischen Versammlung, die sich für eine Direktverbindung von Berlin nach Paris ausspricht. Mit diesem Leuchtturmprojekt soll es gelingen die Direktverbindung von Saarbrücken nach Frankfurt auszubauen und die Frequenz der

643 aus dem Saarland nach Frankfurt und Paris fahrenden Züge zu erhöhen. So sollen die Flughäfen Lu-  
644 xemburg und Frankfurt mit der Bahn langfristig in weniger als einer Stunde erreicht werden.

645

### 646 **3. Die Frankreichstrategie ist ein wichtiger Wegweiser für die Zukunftsfähigkeit unserer Region**

647 Der europäischen Idee verpflichtet, unterstützt die Junge Union Saar die Frankreichstrategie der Saar-  
648 ländischen Landesregierung als Vision einer mehrsprachigen Grenzregion deutsch-französischer Prä-  
649 gung. Als langfristig angelegtes Projekt setzen wir uns dafür ein, dass wir durch bessere deutsch-fran-  
650 zösische Sprachkenntnisse das Leben vieler Menschen in unserer Region aktiv verbessern können.

651 Wir als Junge Union Saar sind davon überzeugt, dass unsere saarländischen Kommunen, Kultur- und  
652 Bildungseinrichtungen, sowie Unternehmen von einer stärkeren sprachlichen Vernetzung profitieren  
653 werden. Mit rund 18.000 täglichen Grenzgängern aus Frankreich und zahlreichen wirtschaftlichen und  
654 kulturellen Kooperationen ist die französische Sprache schon heute so präsent wie in keinem anderen  
655 Bundesland. Diesen Austausch möchten wir weiter fördern und grenzüberschreitende Hürden im pri-  
656 vatem, sowie im wirtschaftlichen Leben abbauen. Das Ziel, bis zum Jahr 2043 Französisch als zweite  
657 Verkehrssprache im Saarland zu etablieren ist dafür ein richtiger Wegweiser, der uns in den kommen-  
658 den Jahren leiten soll. Mit rund 50 Prozent der saarländischen Kitas und zahlreichen Grundschulen  
659 arbeiten bereits viele Menschen aktiv an einem zweisprachigen Bildungskonzept, bei dem wir mit vier  
660 Abibac-Schulen bundesweiter Spitzenreiter sind. Diesbezüglich ist es uns als Junge Union Saar beson-  
661 ders wichtig, die gesamte Schullaufbahn mitzudenken, von der Kita bis zum Ausbildungsplatz oder  
662 Studium. Hierbei möchten wir zusätzliche zweisprachige Lehrkräfte einstellen und die Bildungskom-  
663 petenz durch grenzüberschreitende Studiengänge weiter fördern.

664 Durch eine stärkere generationen- und parteiübergreifende Einbindung der Bevölkerung wollen wir  
665 die Frankreichstrategie greifbarer machen, und so den langfristigen Rückhalt sichern. Nur so können  
666 wir vorhandene Stereotype und Skepsis abbauen und zu mehr Engagement und Optimismus anregen.  
667 Das neu geschaffene Mitmachportal ist ein wichtiger Schritt, den partizipativen Charakter der Frank-  
668 reichstrategie weiter zu stärken. Wenn es uns gelingt, die zweisprachige Zugänglichkeit in unserem  
669 Bundesland zu erhöhen, sehen wir große Chancen für eine erfolgreiche Zukunft und die Eigenständig-  
670 keit unseres Landes.

## 671 IV. Arbeitskreis für Inneres und Justiz

672

### 673 1. Präambel - Für einen starken und handlungsfähigen Rechtsstaat

674 Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist eine der Kernaufgaben des Staates.  
675 Dabei ist die Gefahrenlage in den vergangenen Jahren sehr viel komplexer geworden. Grund hierfür  
676 sind zum einen der grenzüberschreitende Verkehr und die Globalisierung, aber auch die Digitalisie-  
677 rung und nicht zuletzt die aktuellen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie. Um den sicher-  
678 heitspolitischen Herausforderungen der heutigen Zeit gerecht zu werden, brauchen wir einen star-  
679 ken, handlungsfähigen und modernen Rechtsstaat sowie vor allem auch Menschen, die diesen mit  
680 Leben füllen. Bedienstete bei Polizei und Justiz im Saarland leisten trotz teilweise widriger Bedin-  
681 gungen eine herausragende Arbeit. Damit das auch weiterhin so bleibt, muss die saarländische Lan-  
682 desregierung die nötigen Rahmenbedingungen schaffen. Die Junge Union Saar fordert daher:

683

### 684 2. Personalsituation bei Polizei und Justiz weiter verbessern

685 Der Rechtsstaat braucht Menschen, die für ihn und für die Sicherheit der Bürger eintreten. Als Junge  
686 Union Saar stehen wir unverrückbar an der Seite von Bediensteten bei der saarländischen Polizei  
687 und der Justiz. Nach Jahren der Sparmaßnahmen beobachten wir mit Sorge, dass heute viele Aufga-  
688 ben der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung nicht in dem Maße erfüllt werden können, wie dies  
689 erforderlich wäre.

690 Betrachtet man die Personalentwicklung bei der Polizei in den vergangenen Jahren, so ist diese auf  
691 dem richtigen Weg. Seit dem Jahr 2015 wurde die Zahl der jährlichen Einstellungen von Anwärtern  
692 im Saarland stetig gesteigert. Doch der Weg ist noch nicht zu Ende. Noch heute sind die Nachwir-  
693 kungen der Einstellungspolitik der SPD-Landesregierung aus den 90er-Jahren zu spüren, als teilweise  
694 in ganzen Jahren keine einzige Einstellung erfolgte. Von den derzeit im Stellenplan ausgewiesenen  
695 2700 Stellen sind lediglich 2500 besetzt. Die saarländische Landesregierung muss daher in einem  
696 ersten Schritt dafür sorgen, dass die ausgewiesenen Stellen auch tatsächlich besetzt sind. Das mit-  
697 telfristige Ziel muss dann sein, diese Personalisierung nicht mehr zu unterschreiten, sodass dauer-  
698 haft mindestens 2700 Stellen bei der saarländischen Vollzugspolizei besetzt sind. Langfristig unter-  
699 stützen wir die Forderung nach einer Mindestpersonalisierung von 3000 Vollzugsbeamten. Wir for-  
700 dern demnach, den eingeschlagenen Weg der erhöhten Neueinstellungen konsequent weiterzuge-  
701 hen.

702 Dies darf allerdings nicht zu Lasten der Justiz geschehen. Ein starker Rechtsstaat lebt vom Zusam-  
703 menspiel von Polizei und Justiz. Die Signale aus der saarländischen Justiz sind besorgniserregend.  
704 Die Arbeitsbelastung bei den Justizvollzugsbeamten, Geschäftsstellenmitarbeitern, Rechtspflegern,  
705 Richtern und Staatsanwälten ist enorm, liegt teilweise durchschnittlich bei bis zu 150 %. Nach An-  
706 gaben des saarländischen Richterbunds handelt es sich um eine untragbare Personalsituation, die  
707 zunehmend die Funktionstüchtigkeit der Justiz als Ganzes bedroht. Diesen Entwicklungen muss ent-  
708 gegengewirkt werden. Durch die Schaffung von insgesamt 73 zusätzlichen Stellen für die saarländi-  
709 sche Justiz in den Jahren 2021 und 2022 wurde ein erster Schritt getan. Die Junge Union Saar fordert  
710 dabei insbesondere, dass ausgewiesene Stellen auch tatsächlich dauerhaft besetzt werden und auch  
711 in den folgenden Haushaltsjahren eine erhebliche Anzahl weiterer Stellen geschaffen wird.

712

### 713 3. Die saarländische Polizei als attraktiver Arbeitgeber

714 Zur Besetzung von bestehenden und neu entstehenden Stellen braucht es jedoch auch qualifizierte  
715 Bewerber. Bei der saarländischen Polizei sind die Bewerberzahlen dabei seit 2010 rückläufig. Wegen  
716 der steigenden Einstellungszahlen bräuchten wir jedoch gerade mehr junge, motivierte. Junge Men-  
717 schen müssen in der saarländischen Polizei einen attraktiven Arbeitgeber finden, der ihnen eine  
718 echte berufliche Perspektive bietet. Die saarländische Polizei darf dabei nicht weiter hinter die Bun-  
719 despolizei und die rheinland-pfälzische Polizei zurückfallen, mit denen wir um die besten Bewerber  
720 konkurrieren.

721 Neben guten Arbeitsbedingungen, einer moderaten Arbeitsbelastung und einem spannenden Auf-  
722 gabenfeld sind vor allem eine adäquate Bezahlung und Aufstiegschancen für die Berufswahl von  
723 zentraler Bedeutung und entscheidend für die Attraktivität einer Stelle. Betrachtet man allein die  
724 Besoldung, so ist die saarländische Polizei dabei im Vergleich mit der Polizei in anderen Ländern  
725 alles andere als attraktiv. Klar ist, dass das Saarland nicht die finanziellen Möglichkeiten wie andere  
726 Bundesländer hat. Jedoch ist die Landesregierung in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Lücke in  
727 der Besoldung nicht noch größer wird. Die Junge Union Saar fordert daher, dass die prozentuale  
728 Besoldungsentwicklung in Zukunft zumindest auf dem Niveau der Entwicklung bei der rheinland-  
729 pfälzischen Polizei liegen muss. Perspektivisch sollte sich das hiesige Lohnniveau auch absolut dem  
730 Lohnniveau in Rheinland-Pfalz annähern.

731 Ebenfalls unterdurchschnittlich ist die sog. Polizeizulage. Diese ist im Saarland im Gegensatz zu vie-  
732 len anderen Bundesländern trotz der immer komplexer werdenden Polizeiarbeit seit 2006 unverän-  
733 dert bei 127,38 € geblieben. Um die immer vielschichtiger werdende Arbeit der Polizisten zu hono-  
734 rieren, fordert die Junge Union Saar eine spürbare Erhöhung der Polizeizulage, mindestens auf das  
735 Niveau unseres Nachbarn Rheinland-Pfalz.

736 Des Weiteren fordert die Junge Union Saar die Einführung einer mit der Bundespolizei vergleichba-  
737 ren Erschwerniszulage für die saarländischen Beamten. Eine solche Zulage in Höhe von 11,10 € er-  
738 halten Bundespolizisten, die im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit bspw. mit Fäkalien oder Körper-  
739 flüssigkeiten in Berührung kommen. Damit wird die Ausführung besonders unangenehmer und in-  
740 fektionsrisikoreicher Tätigkeiten während des Dienstes angemessen wertgeschätzt. Die Beamten  
741 der Landespolizei sind diesen Tätigkeiten ebenso ausgesetzt wie Beamte der Bundespolizei, sodass  
742 die Gewährung der sog. „Ekelzulage“ auch saarländischen Beamten zustehen sollte.

743 Gerade junge Familien sind neben einer auskömmlichen Bezahlung auch auf finanzielle Planungssi-  
744 cherheit angewiesen. Bei der saarländischen Polizei fehlt es hierzu jedoch an gesicherten Aufstiegs-  
745 chancen. Vielmehr warten junge Beamte teilweise zehn Jahre und länger auf ihre erste Beförderung.  
746 In der Besoldungsgruppe A 9 gibt es einen regelrechten Beförderungsstau, der bedingt, dass nicht  
747 einmal überdurchschnittlich bewertete Polizisten befördert werden können. Dementsprechend  
748 zeichnet sich im Hinblick auf die Aufstiegschancen ein teilweise verheerendes Stimmungsbild in der  
749 saarländischen Polizei ab. Daher fordert die Junge Union Saar die Einführung einer Regelbeförde-  
750 rung bei der saarländischen Polizei. Ausgehend vom Zeitpunkt der Ernennung zur Polizeikommissar-  
751 in und zum Polizeikommissar in der Besoldungsgruppe A 9 muss spätestens nach sieben Jahren eine  
752 Beförderung in ein Amt der Besoldungsgruppe A 10 erfolgt sein. Zudem muss eine ausreichende  
753 Zahl bewerteter Stellen in höheren Besoldungsgruppen geschaffen werden, sodass überdurch-  
754 schnittlich bewerteten Beamten der Aufstieg in höhere Besoldungsgruppen ermöglicht werden  
755 kann.

756

757 Ein weiterer Grund für die rückläufigen Bewerberzahlen dürfte auch das langwierige Bewerbungs-  
758 verfahren sein. Die Bewerbungsfrist läuft dabei regelmäßig etwa ein Jahr vor dem potenziellen

759 Einstellungstermin ab, damit das Bewerbungsverfahren ordnungsgemäß durchgeführt werden kann.  
760 Gerade vor dem Hintergrund, dass die Bewerberzahlen generell rückläufig sind, ist dieser Zeitraum  
761 viel zu lange. Bei vielen jungen Menschen reift erst gegen Ende der schulischen Ausbildung die Ent-  
762 scheidung, wohin sie sich beruflich entwickeln möchten. Wer sich beispielsweise erst im letzten  
763 Schul-Halbjahr entscheidet, sich bei der saarländischen Polizei bewerben zu wollen, dem bleibt die  
764 Einstellung im Oktober des Abschlussjahres verwehrt. Viele junge Menschen werden sich angesichts  
765 der dann drohenden langen Wartezeit gegen die Polizei entscheiden. Daher fordert die Junge Union  
766 Saar, das Bewerbungsverfahren insgesamt so stark zu verkürzen, dass Bewerbungen zumindest bis  
767 sechs Monate vor der Einstellung möglich sind.

768

#### 769 **4. Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten bei der saarländischen Polizei stärken**

770 In einer sich ständig verändernden Welt müssen sich die Polizeivollzugsbeamten stets auf neue Ge-  
771 fahrenlagen und Situationen einstellen. Angebote zur Fort- und Weiterbildung sind daher für eine  
772 adäquate Ausbildung der Beamten unerlässlich. Die Gegebenheiten an der Fachhochschule für Ver-  
773 waltung des Saarlandes reichen jedoch nicht aus, um zeitgleich mit der Ausbildung der Anwärter die  
774 hohe Anzahl an anstehenden Fortbildungen angemessen durchzuführen. Hier fehlen neben ausrei-  
775 chend Schulungs- und Unterrichtsräumen am Standort in Göttelborn auch Ausbilder, die die Polizis-  
776 ten beispielsweise im Umgang mit neuen Einsatzmitteln wie dem Taser schulen oder einen regelmä-  
777 ßigen Überblick über neue Gesetzesentwicklungen geben.

778 Dem hohen Fort- und Weiterbildungsbedarf kann die saarländische Polizei derzeit nicht gerecht wer-  
779 den. Dies sorgt auch für Unmut und Frustration unter den Beamten. Die Junge Union Saar fordert  
780 daher, mehr Unterrichtsräume und mehr Ausbildungspersonal zur Verfügung zu stellen. Nur so kann  
781 die saarländische Polizei mit der immer schneller werdenden Veränderung der Sicherheitslage  
782 Schritt halten.

783

#### 784 **5. Bessere Zusammenarbeit der saarländischen Sicherheitsbehörden**

785 Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit und Ordnung im Saarland ist eine Gemeinschaftsaufgabe  
786 zwischen Land und Kommunen. Gerade in den größeren Städten im Saarland ist eine gute Zusam-  
787 menarbeit von Vollzugspolizei und kommunalen Ordnungsbehörden für den Schutz der öffentlichen  
788 Sicherheit und Ordnung unerlässlich.

789 Eine vertiefte Zusammenarbeit von Polizei und kommunalen Ordnungsbehörden ist aus Sicht der  
790 Jungen Union Saar dringend erforderlich, um den Herausforderungen der Gefahrenabwehr gerecht  
791 zu werden. Gerade die Mitarbeiter der kommunalen Ordnungsbehörden müssen auch in der Lage  
792 sein, auf Augenhöhe mit der Vollzugspolizei zu arbeiten, damit eine verlässliche und vertrauensvolle  
793 Zusammenarbeit möglich ist.

794 Gleiches gilt für den Polizeilichen Ordnungsdienst. Wie die kommunalen Ordnungsbehörden kann  
795 auch der Polizeiliche Ordnungsdienst eine wichtige Entlastung für die Vollzugspolizei, beispiels-  
796 weise bei der Überwachung von Objekten, darstellen. Insgesamt braucht es jedoch in beiden Fällen  
797 vor allem qualifizierte Kräfte, die für die Vollzugspolizei eine echte und schlagkräftige Unterstüt-  
798 zung bei der Gefahrenabwehr darstellen.

799 Dies ist aktuell nicht durchgehend der Fall. Aus diesem Grunde fordert die Junge Union Saar die  
800 saarländische Landesregierung auf, eine gemeinsame Ausbildung für den kommunalen wie für den  
801 polizeilichen Ordnungsdienst zu schaffen, die sich nicht nur auf kurze Lehrgänge beschränkt. Viel-  
802 mehr bedarf es einer einheitlichen und qualitativ hochwertigen Ausbildung, die auch eine bessere  
803 Bezahlung der Ordnungskräfte und erweiterte Befugnisse ermöglicht. Als Vorbild kann dabei der

804 kommunale Vollzugsdienst in Rheinland-Pfalz dienen. Zur Entlastung der stark beanspruchten Voll-  
805 zugspolizei brauchen wir quantitativ und qualitativ besser ausgestattete Ordnungsbehörden, um  
806 den sicherheitspolitischen Herausforderungen gerecht zu werden.

807

## 808 **6. Präsenz der Vollzugspolizei vor Ort sicherstellen**

809 Daneben ist jedoch auch die Präsenz der Vollzugspolizei vor Ort weiter wichtig. Im Saarland gibt es  
810 derzeit 38 Polizeiposten. Ihre Aufgabe liegt darin, einen örtlichen Ansprechpartner für die Bürger zu  
811 bieten. Dazu sind zu festgelegten Zeiten ortskundige und meist dienstältere Polizeibeamte in den  
812 Posten anzutreffen, um z. B. Anzeigen aufzunehmen. Jedoch sind die Polizeiposten oftmals nur we-  
813 nige Stunden in der Woche besetzt und dadurch auch wenig frequentiert, dennoch müssen die  
814 Räumlichkeiten dauerhaft unterhalten und finanziert werden. Die Standortgebundenheit macht die  
815 Polizeiposten zusätzlich wenig flexibel.

816 Um das subjektive Sicherheitsgefühl unserer Bürger zu stärken, fordert die Junge Union Saar eine  
817 Umwandlung des bisher bestehenden Konzepts hin zu mobilen Polizeiposten. Hierbei sollen von den  
818 mobilen Polizeiposten mindestens dieselben Gebiete der bisherigen Posten abgedeckt und mit glei-  
819 chem Personal besetzt werden.

820 Moderne und entsprechend ausgestattete Fahrzeuge, die die bisherigen Serviceleistungen ermögli-  
821 chen, sollen zu festen Zeiten an öffentlichen und dann möglichst belebten Plätzen (z. B. auf dem  
822 Marktplatz am Markttag) aufgestellt werden. Dies führt zu einem Herabsenken der Hemmschwelle  
823 der Kontaktaufnahme zur Polizei. Weiterhin erleichtern diese mobilen Polizeiposten auch weniger  
824 mobilen Mitbürgern das Gespräch mit einem Polizeibeamten, weil sie sonstige Termine im Ortskern  
825 unproblematisch verbinden können. Durch die oben angeführten Punkte soll eine Steigerung der  
826 Präsenz und somit des subjektiven Sicherheitsgefühls erzielt werden. Weiterhin wird eine effekti-  
827 vere Präventionsarbeit ermöglicht, da unkompliziert und niederschwellig viele Menschen erreicht  
828 werden können.

829 Eine weitere Einsatzmöglichkeit stellt die Vor-Ort-Präsenz bei Festen und Großveranstaltungen dar.  
830 Hierdurch können kleinere Delikte direkt aufgenommen und bearbeitet werden.

831 Weiterhin besteht die Möglichkeit, ein Fahrzeug für mehrere Polizeiposten bei gleichbleibender Öff-  
832 nungsdauer zu nutzen. Damit ist dieses Konzept langfristig finanzierbar und kann evtl. sogar zu Ein-  
833 sparungen führen.



834

## 835 V. Arbeitskreis für Kommunales, Ehrenamt und Sport

836

### 837 1. Kommunales

#### 838 1) Hilfs- & Wiederaufbau-Fonds

839 Nach der Corona-Pandemie ist mit einem erweiterten Leerstand in den Ortskernen und Einkaufs-  
840 zentren zu rechnen. Auch die kommunale Kultur- und Vereinslandschaft wird nicht mehr so sein, wie  
841 sie es 2019 noch war. Wir sprechen uns daher für einen Wiederaufbau-Fonds aus, mit dem der Ein-  
842 zelhandel sowie die Gastronomie unterstützt und notwendige Investitionen getätigt werden kön-  
843 nen. Auf diese Weise soll die Kaufkraft der Einwohner in den Kommunen bleiben und nicht zwangs-  
844 läufig ausgelagert werden.

845 Daneben soll auch die Vereins- und Kulturlandschaft, die einen großen Teil unseres gesellschaftli-  
846 chen Lebens im Saarland ausmacht, erhalten bleiben. Vereine und nicht organisiert ehrenamtlich  
847 Tätige waren und sind die Stütze bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie. Viele davon werden  
848 auch nach der Pandemie finanziell nicht gut aufgestellt sein. Es bedarf daher eines staatlichen Hilfs-  
849 Fonds für Vereine und Organisationen, um laufende Kosten wie Miete oder Strom auch ohne stabile  
850 Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge oder den Erlös von Veranstaltungen decken zu können.

851

#### 852 2) Neuauflage bzw. Anpassung der Altbau- und Dorfkernsanierungsprogramme

853 Wohn- und Lebensraum für junge Familien wird immer knapper, selbst in eigentlich dünn besiedel-  
854 ten Kommunen. Gleichzeitig drängen immer mehr Menschen aus den Städten in die ländlichen Re-  
855 gionen unseres Landes. Wir fordern daher dringend die längst überfällige Anpassung des Landesent-  
856 wicklungsplans Siedlung in Verbindung mit dem Landesentwicklungsplan Umwelt. Nur so werden  
857 die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, dass Kommunen überhaupt noch die dringend notwen-  
858 digen Neubaugebiete ausweisen können.

859 Außerdem muss es Kommunen erleichtert werden, wirkliche Sanierungsprogramme für Dorf- und  
860 Ortskerne aufzusetzen. Hier bedarf es ggf. weiterer Zuwendungen des Landes, denn nur wenn es  
861 wirklich attraktiv ist, ein altes Gebäude zu erwerben und umzubauen, macht dies für junge Saarlän-  
862 der auch Sinn und führt gleichzeitig zu einer Belebung und Stabilisierung der Ortskerne.

863

#### 864 3) Kommunale Finanz-Struktur-Reform statt einer Flächen- und Verwaltungsreform

865 Durch die Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Ausfällen bei der Gewerbesteuer wer-  
866 den viele Kommunen in den nächsten Jahren erhebliche Defizite einfahren. Durch den Saarland-Pakt  
867 wurden die Kommunen bereits stark entlastet, dennoch werden weitere Hilfen gebraucht. Zwar hat  
868 der Bund sich einer direkten Hilfe bei den kommunalen Altlasten verweigert, dennoch werden durch  
869 den Bund seit 2021 75% anstatt 25% der Kosten der Unterkunft (KdU) übernommen. Eine wesentli-  
870 che finanzielle Entlastung ist bei den Städten und Gemeinden hierdurch bisher jedoch nicht einge-  
871 treten. Die Kreisumlage bspw. im Landkreis Neunkirchen hat sich von 2020 auf 2021 unwesentlich  
872 geändert, trotz der 75%-igen Übernahme der KdU durch den Bund. Die Landkreise und der Regio-  
873 nalverband Saarbrücken sind nun angehalten, auch eigene Einsparpotenziale zu ergreifen. Die Ge-  
874 meindeverbände unterliegen keiner Finanzkontrolle und können in ihren Zuständigkeitsbereichen  
875 frei agieren. Die Schaffung einer Vielzahl von neuen Stellen ist im Zuge der Digitalisierung der Ver-  
876 waltung nicht mehr erklärbar und bedarf einer strengen Kontrolle durch die Kommunalaufsicht.

877 Auch die Ausgaben bei den Landkreisen müssen stärker reglementiert werden, damit durch die  
878 Kreisumlage die Kommunen nicht zu sehr belastet werden.

879

#### 880 **4) Konjunktur-Paket Tourismus**

881 Kommunen sollten bei der Förderung lokaler Tourismuskonzepte unterstützt werden. Sei es für die  
882 in unserem Land typische industrielle oder die idyllisch-natürliche Komponente oder gar beides. Im  
883 Herzen unserer Städte und Gemeinden schlummern (nah)erholungstouristische Ziele, die auf ihre  
884 Erkundung warten. Wir fordern daher die Schaffung und Bewerbung der Stelle eines Ansprechpart-  
885 ners bei der Landesregierung, an den sich unsere Städte und Gemeinden für die Umsetzung touris-  
886 tischer Projekte wenden können. Diese Stelle soll beim Beantragen und Abrufen von Landes-, Bun-  
887 des und EU-Fördermitteln helfen, sowie eine bessere Vernetzung innerhalb der Kommunen und aller  
888 Beteiligten am saarländischen Tourismus herstellen. Somit können wir den aktuellen Flickenteppich  
889 der 52 Städte und Gemeinden, der an den jeweiligen Gemeinde- und Stadtgrenzen endet, aufbre-  
890 chen und einen saarländischen Tourismus mit hohem Potential aus einem Guss gewährleisten.

891

#### 892 **5) Gute medizinische Versorgung für den ländlichen Raum**

893 Krankenhäuser sind ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und müssen bei einem Not-  
894 fall für jeden in kürzester Zeit erreichbar sein und das auch im ländlichen Raum. Sie dienen in erster  
895 Linie dem Schutz der Gesundheit der Bürger und dürfen erst an zweiter Stelle aus wirtschaftlicher  
896 Sicht betrachtet werden. Wir sprechen uns daher für eine Reform des Fallpauschalensystems und  
897 eine bessere finanzielle Unterstützung kleinerer Häuser durch Bund und Land aus, damit eine gute  
898 medizinische Versorgung auch im ländlichen Raum eine Zukunft hat.

899

#### 900 **6) Schaffung kommunaler Jugendbeauftragter und Stärkung der Jugendzentren vor Ort**

901 In einigen wenigen Kommunen gibt es schon einen Kinder- und Jugendbeauftragten, der sich ehren-  
902 amtlich um die Kinder und Jugendlichen kümmern kann. Dieser setzt sich vor allem für altersgrup-  
903 penspezifische Themen, wie z.B. Spielplätze, Treffpunkte, Sportangebote ein. Hierzu sollte es in ei-  
904 nem 2-5-jährigen Turnus eine Ausschreibung seitens der Stadtverwaltung geben, auf die sich alle  
905 Bürger im Alter zwischen 18 und 30 Jahren bewerben können, indem Sie ihre Zukunftsvisionen in  
906 einem kurzen Anschreiben bei der Verwaltung einreichen. Die Entscheidung über einen Kandidaten  
907 kann der Stadt-/ bzw. Gemeinderat treffen. Dem Beauftragten wird ein Jahresbudget zur Verfügung  
908 gestellt und er erhält eine geringe Aufwandsentschädigung für seine Arbeit. Dadurch wird für ihn  
909 die Möglichkeit eröffnet, in Eigeninitiative Aktionen für Kinder und Jugendliche zu planen und zu  
910 verwirklichen. Vor allem aber haben die Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit, ihn bei Fragen und  
911 Problemen zu kontaktieren oder ihre Wünsche und Ideen entgegenzunehmen.

912 Im gleichen Zug sollen die kommunalen Jugendzentren, vor allen Dingen für Kinder und Jugendliche  
913 im ländlichen Raum, gestärkt werden, um so eine feste Anlaufstelle für Treffen miteinander oder  
914 Gespräche mit dem Jugendbeauftragten zu bieten. Hier ist ein Austausch und die Zusammenarbeit  
915 zwischen den kommunalen Jugendbeauftragten wünschenswert. Dadurch könnten die kommunalen  
916 Jugendzentren voneinander profitieren und sogar gemeinsam Projekte realisieren. Bei Bedarf sollte  
917 die Trägerschaft geprüft und gegebenenfalls geändert werden.

918

## 919 **7) Ausbau des Angebotes an Kindertagesstätten**

920 Die Junge Union Saar fordert die saarländische Landesregierung und die Bundesregierung dazu auf,  
921 die Fördermittel für Investitionen in Kindertagesstätten aufzustocken. Ein umfangreiches Angebot  
922 an Betreuungsplätzen vor Ort für Kinder von der Geburt an bis zu deren Schuleintritt ist ein wichti-  
923 ger Bildungs- und Wirtschaftsfaktor. Der Besuch der Betreuungseinrichtungen steigert einerseits  
924 das Kompetenzniveau benachteiligter Kinder und schafft andererseits die Voraussetzungen, damit  
925 (alleinerziehende) Eltern am Arbeitsmarkt partizipieren bzw. ihre Arbeitszeit aufstocken können.

926

## 927 **8) Wandel einläuten bei der Beschaffung von Ausstattungsgegenständen für die Feuerwehren**

928 Das Land steht als Gesetzgeber in der Verantwortung, in den kommenden Jahren das gemeindeüber-  
929 greifende Zusammenarbeiten der Feuerwehren zu ermöglichen und noch stärker zu fördern. Ent-  
930 sprechende Rahmenbedingungen müssen endlich geschaffen werden. Regelungen zu Kooperatio-  
931 nen sind bereits vorhanden, doch bei der Aufstellung, Ausstattung und Unterhaltung der Feuerweh-  
932 ren bedarf es für die Gemeinden präziseren Regelungen und Ausformulierungen. Gerade der Aus-  
933 stattungsbereich kann durch eine einheitliche Ausrüstung mit Hilfe von gemeinsamer Beschaffung  
934 kostengünstiger und wirtschaftlicher gestaltet werden. Die derzeitige Lage lässt individuelle An-  
935 schaffungen gewähren und jede Gemeinde agiert daher auf dem Beschaffungsmarkt zur Ausstat-  
936 tung der Feuerwehren für sich. Hier gilt es einen Wandel einzuläuten.

937

## 938 **2. Ehrenamt und Sport**

### 939 **1) Maßnahmen gegen das Vereinssterben**

940 Eine landes- oder sogar bundesweite Problematik ist das „Vereinssterben“. Die Vereine haben  
941 schlicht ein Nachwuchsproblem. Vereinsmitgliedschaften müssen für Kinder und Jugendliche, aber  
942 auch für ihre Eltern, wieder attraktiv gemacht werden. Hierbei müssen das Land und die Kommune  
943 die Vereine durch Zuschüsse und Werbungsangebote in öffentlich zugänglicher Weise unterstützen.  
944 Weiterhin sollte Vereinen die Möglichkeit eingeräumt werden auf städtischen Veranstaltungen An-  
945 gebote machen zu dürfen, ohne selbst viel Aufwand damit zu haben. Hohe Standgebühren, bei Jahr-  
946 märkten beispielsweise, sind hier alles andere als hilfreich.

947 Um die Mitglieder auch während und nach der Pandemie in den Vereinen zu halten und ggf. sogar  
948 neue Mitglieder dazu zu gewinnen, sprechen wir uns dafür aus, dass Mitgliedsbeiträge an gemein-  
949 nützige Vereine in den kommenden Jahren als Sonderausgaben von der Steuer abgesetzt werden  
950 können. Auf diese Weise wird eine Mitgliedschaft attraktiver und hilft den Vereinen so, einen Teil  
951 der coronabedingt ausgefallenen Einnahmen wieder wett zu machen. Die Junge Union Saar fordert  
952 die saarländische Landesregierung daher auf, zeitnah eine entsprechende Bundesratsinitiative zu  
953 starten.

### 954 **2) Förderung von eSport in Vereinen**

955 Um den seit Jahren rückläufigen Mitgliederzahlen in Sportvereinen entgegenzuwirken, ist die Be-  
956 trachtung einer besonderen Entwicklung in der Freizeitgestaltung zu beachten: viele Hobbys wer-  
957 den inzwischen (bereits vor der Corona-Pandemie zu beobachten) von zu Hause ausgeübt. Dazu  
958 zählt insbesondere der eSport, der eine große Chance für die Vereine ist und sein kann. Die Junge  
959 Union Saar wirbt für die Gründung von eSport-Abteilungen und fordert dazu auf, diese durch An-  
960 reize zu fördern. Ziel ist das Bauen von Brücken - so werden eSport-Fans zur Vereinsaktivität moti-  
961 viert, wodurch gleichzeitig der Zugang zu klassischen Sportarten und dem sozialen Vereinsleben  
962 vereinfacht wird.

963 **3) Förderung von Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen**

964 Neben der vom Ministerium für Bildung und Kultur geförderten Initiative „Kooperationen zwischen  
965 Schulen und Vereinen“ fordern wir die Übernahme der Kosten für sogenannte „Sportmentoren“ an  
966 Schulen. Ziel ist es Schüler, die bereits in Vereinen aktiv sind, Verantwortung übernehmen zu lassen.  
967 Dadurch sollen die Schüler frühzeitig an die Aufgabenbereiche eines Trainers herangeführt werden  
968 und ihre Expertise in Form von Sport-AGs und der Organisation von Wettkämpfen an der Schule mit  
969 einbringen können. Daraus ergibt sich eine Win-Win-Situation für beide Seiten: Schulen binden ihre  
970 Schüler aktiv in den Schulsport mit ein und füllen so eventuell bestehende Kompetenzlücken in be-  
971 stimmten Sportarten. Außerdem werden durch die Förderung bestimmter Sportarten an Schulen  
972 ggf. versteckte Talente entdeckt, die dann wiederum von den Sportmentee in die Vereine gebracht  
973 werden können.

974

975 **4) Förderung des Blaulicht-Ehrenamtes in den Kommunen**

976 Die Hilfsorganisationen leisten wertvolle Arbeit in unserem Land. Aufgrund des demografischen  
977 Wandels wird es immer schwieriger, Menschen zu finden, die sich ehrenamtlich u.a. in der Feuerwehr  
978 engagieren. Um das Blaulicht-Ehrenamt zu stärken, müssen Anreize geschaffen werden. Gelungenes  
979 Beispiel ist der freie Eintritt in kommunale Schwimmbäder für die Feuerwehrleute in einigen Kom-  
980 munen. Dies sollte flächendeckend ermöglicht und seitens der Landesregierung unterstützt werden.  
981 Neben der Anerkennung für die Arbeit als ehrenamtliche Helfer wird so auch die kostenlose Mög-  
982 lichkeit der körperlichen Ertüchtigung für die Einsatzkräfte geschaffen.

983 **VI. Arbeitskreis für Familie, Gesundheit, Soziales und Jugend**

984

985 **1. Drogenpolitik**

986 Die Junge Union Saar fordert die verbindliche Einführung der Aufklärung hinsichtlich Drogen in den  
987 Schulentwicklungsplänen der weiterführenden Schulen. Wir sehen derzeit aufgrund der fehlenden  
988 Thematisierung ein großes Präventionsproblem und eine Lücke in der frühen Aufklärung der jungen  
989 Saarländer.

990 In der Ausführung kann dies mit der Schulsozialarbeit verknüpft werden. Daher sollten in diesem  
991 Zusammenhang mehr Stellen für Schulsozialarbeiter geschaffen werden.

992 Eine weitere Verknüpfung kann auch im regulären Unterricht erfolgen. Diesbezüglich sollten die  
993 Lehrer und Schulverwaltungen ebenfalls stärker bzgl. der Prävention bzw. des Erkennens von Prob-  
994 lemen geschult und sensibilisiert werden.

995 Neben der Präventionsarbeit in der Schule fordert die Junge Union Saar die Einführung des „Drug  
996 checkings“. Dies soll der Prävention dienen. Viele Freizeitkonsumenten haben keinen Kontakt zur  
997 Drogenhilfe. Jedoch müssen auch diese wissen, was sie, in Anbetracht der Qualität und Konzentra-  
998 tion der Drogen, konsumieren. Das Drug Checking soll auch dazu beitragen, dass die Konsumenten  
999 in Kontakt zu den Mitarbeitern der Drogenberatung kommen. So kann man den Konsumenten Wege  
1000 aus der Sucht aufzeigen.

1001

1002 **2. Mobiles Arbeiten**

1003 Die Junge Union Saar fordert die Möglichkeit des Mobilen Arbeitens für Azubis. Auch Auszubildende  
1004 sollen von ihren Betrieben zum Zwecke der Erfüllung der Berufsschulaufgaben mit den technischen  
1005 Möglichkeiten in Hard- und Software ausgestattet werden. Auch sollte die Methodenkompetenz in  
1006 den Berufsschulunterricht eingeführt werden. Dies entlastet die Azubis, welche diese kosteninten-  
1007 siven Geräte für ihre Aufgaben benötigen. Vorbilder sollten hier die öffentlichen Arbeitgeber sein.

1008

1009 **3. Gefahren der digitalen Medien**

1010 Neben den vielen Vorteilen der Digitalisierung sollten gleichzeitig auch die Probleme nicht außer  
1011 Betracht bleiben. Viele Jugendliche und Kinder unterschätzen die Gefahren des Konsums digitaler  
1012 Medien. Auch Arbeitgeber nutzen die Vorteile der ständigen Erreichbarkeit ihrer Arbeitnehmer.

1013 Daher fordern wir mehr Aufklärung über die Gefahren von Smartphones und Co. Diese Aufklärung  
1014 soll in der Jugendarbeit auch schon in der Schule erfolgen. In der Schule sollte dies sowohl durch den  
1015 Unterricht als auch bei Elternabenden erfolgen. Hiermit soll Cybermobbing und anderen Problemen  
1016 vorgebeugt werden. Bei dieser Aufklärungsarbeit können die bestehenden Institute und Projekte  
1017 der Landesmedienanstalt und des Landesinstituts für präventives Handeln eingebunden werden.  
1018 Gleichzeitig müssen auch die Lehrer in diesen Bereichen geschult werden.

1019 Weiterhin sollten Arbeitnehmer vor der ständigen Erreichbarkeit durch die digitalen Werkzeuge ge-  
1020 schützt werden. Dies muss arbeitsrechtlich klar geregelt werden.

1021

1022 **4. Gesundheitsversorgung**

1023 Die Junge Union Saar fordert die Beendigung der Ungleichbehandlung in der gesetzlichen Kranken-  
1024 versicherung. Dies bedeutet eine Vereinheitlichung der Absicherung der Bürger.  
1025 Im gleichen Zug sollte die Vielzahl der Krankenkassen kritisch betrachtet werden, um Einsparpoten-  
1026 ziale festzustellen und eine einheitliche Versorgung zu sichern.

1027 Auch die Krankenhauslandschaft sollte, gerade nach den Erfahrungen in der Corona-Pandemie,  
1028 stabil bleiben. Da es um den Menschen geht und nicht um eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, le-  
1029 gen wir Wert auf wohnortnahe und schnelle Gesundheitsversorgung für unsere Bürger.

1030 Gleichzeitig sollte eine schnellere Vernetzung der behandelnden Ärzte erfolgen, um die Behandlung  
1031 zu vereinfachen und wiederholte Untersuchungen und Wechselwirkungen von Medikamenten zu  
1032 vermeiden. Die im Bereich eHealth erfolgreichen Vorreiter sollen unterstützt und es sollen weitere  
1033 Partner gewonnen werden.

1034

1035 **5. Absicherung im Alter**

1036 Neben der Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung wünschen wir uns eine verstärkte Förde-  
1037 rung der privaten Altersvorsorge. Dies kann durch eine erhöhte Förderung bei Riester-Verträgen  
1038 erfolgen. Insbesondere sollten auch junge, alleinstehende Personen mehr gefördert werden (bei-  
1039 spielsweise durch Erhöhung des Berufseinsteigerbonus), um die Attraktivität zu steigern und ein  
1040 frühes Einsteigen in die Altersvorsorge zu fördern. Gleichzeitig sollten diese Einkünfte im Alter ge-  
1041 ringer besteuert werden, was durch einen erhöhten Freibetrag für private Altersvorsorge erfolgen  
1042 kann.

1043

1044 **6. Inklusion in Schulen**

1045 Die Junge Union Saar fordert einen schnelleren Fortschritt bei dem barrierefreien Ausbau von Schu-  
1046 len, um einen wohnortnahen Schulbesuch von Schülern mit Handicap zu gewährleisten. Die Inklu-  
1047 sion in den Schulen sollte zum Schutz aller Schüler psychologisch und sozialpädagogisch verstärkt  
1048 begleitet werden, um psychischen Belastungen vorzubeugen und diese schnell zu erkennen.

1049 Außerdem wird eine individuelle Berufsberatung in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit  
1050 gefordert, um frühestmögliche Förderung der Inklusion und eine Integration in den Arbeitsmarkt  
1051 sicherzustellen. In diesem Bezug sollten Behindertenwerkstätten als letztmögliche Alternative gel-  
1052 ten.

1053

1054 **7. Jugendbeiräte**

1055 Die Junge Union Saar fordert die verbindliche Einführung von Jugendbeiräten in allen Saarländischen  
1056 Kommunen. Dies wäre auch ein erster Schritt in Richtung eines Jugendlandtages. Dadurch werden  
1057 die Interessen der Jugendlichen in die kommunalen Gremien gebracht.

1058 Grund für die Einführung einer solchen Pflicht ist das immer geringer werdende Vertrauen der Ju-  
1059 gendlichen in die Demokratie. Aus diesem Grund sollten die Sitzungen des Jugendbeirates öffentlich  
1060 erfolgen, um die Teilhabe sicherzustellen. Der Jugendbeirat sollte Vielfalt darstellen und daher aus  
1061 verschiedenen Gruppierungen bestehen.

1062

1063 **8. Jugendzentren**

1064 Neben dem Jugendbeirat sollten auch die Jugendzentren in den Kommunen stärker unterstützt wer-  
1065 den, sodass diese mit einem pädagogischen Konzept niedrighschwellige Angebote für verschiedene  
1066 Altersgruppen anbieten können.

1067 Jugendzentren sind wichtige Säulen in der Jugendarbeit. Sie können auch wertvolle Bildungsarbeit  
1068 leisten und hierdurch Sensibilisierungsarbeit (auch im Bereich der Drogenpolitik und der demokra-  
1069 tischen Prozesse) betreiben. Daneben können sie aber auch ein Rückzugsort für die Besucher dar-  
1070 stellen, in dem die verschiedenen Interessen sportlicher, kultureller und kreativer Art ausgeübt wer-  
1071 den können.

1072 **VII. Arbeitskreis für Umwelt, ländlicher Raum und Energie**

1073

1074 **Klimaneutrales Saarland 2040**

1075 Wir fordern, dass das Saarland die Chancen, die sich durch den Wandel in der Industrie und auch bei  
1076 der Energiegewinnung ergeben, nutzt. Hierzuzählt vor allem auch die Schaffung neuer und nachhal-  
1077 tiger Arbeitsplätze. Wir wollen die ökologische Wende unter Berücksichtigung der sozialen Aspekte  
1078 vollziehen. Wir wollen das Klima schützen und gleichzeitig den Wohlstand unseres Landes nicht nur  
1079 erhalten, sondern auch mehren. Unter all diesen Gesichtspunkten fordern wir ein klimaneutrales  
1080 und wirtschaftlich attraktives Saarland im Jahre 2040.

1081 Um Europa, Deutschland und damit auch das Saarland klimaneutral umzugestalten, führt kein Weg  
1082 an dem Ausbau der Erneuerbaren Energien vorbei. Hierzu wollen wir, dass der Anteil von Erneuer-  
1083 baren Energien am Bruttostromverbrauch im Saarland bis zum Jahre 2040 100% betragen wird.

1084

1085 **1. Ausbau der Erneuerbaren Energien**

1086 Als Technologien mit dem größten Potential für das Saarland sehen wir die Photovoltaik in Form von  
1087 Dach- und Freiflächenanlagen, explizit auch die Agro-Photovoltaik, sowie die Windkraft an. Um den  
1088 Ausbau angemessen wie auch ambitioniert voranzutreiben, sind Rahmenbedingungen auf Bundes-  
1089 ebene durch landesspezifische Regelungen zu ergänzen.

1090 Wir setzen uns daher für eine Verdopplung des bundesweiten Ausbauziels für Photovoltaikanlagen  
1091 auf rund 10 GW pro Jahr ein. Dies würde sich unmittelbar positiv auf den Zubau im Saarland auswir-  
1092 ken. Nur mit einem ambitionierten Ausbau wird die junge Generation in einer ihr gerechten, saube-  
1093 ren Energieversorgung aufwachsen.

1094 Mit Wirkung zum Jahr 2023 wollen wir eine Solarpflicht für alle Neubauten in der Landesbauordnung  
1095 festzuschreiben lassen. Dies soll für alle öffentlichen, sowie gewerblichen und private Gebäude gel-  
1096 ten und durch die Zurverfügungstellung entsprechender Subventionen sozialverträglich gestaltet  
1097 werden. Die Pflicht zur Errichtung einer Anlage soll dort entfallen, wo sich eine Anlage aus wirt-  
1098 schaftlichen Gründen (z. B. nur kleine Anlage möglich oder schattige Lage) nicht rechnet. Die Min-  
1099 destanlagenleistung ist anhand des Stromverbrauches sowie des wirtschaftlichen Aufwands zu be-  
1100 rechnen.

1101

1102 **2. Abschaffung Umlage und Bürokratie**

1103 Um das Potential erneuerbarer Energieerzeugung stärker nutzen zu können, müssen dringend büro-  
1104 kratische Hemmnisse und Umlagen reduziert werden. Die Junge Union fordert, dass der Eigenver-  
1105 brauch von Solarstrom nicht weiter mit Umlagen belastet wird, dazu soll eine entsprechende Initia-  
1106 tive im Bundesrat eingebracht werde. Die aktuelle Erhebung einer Umlage auf selbst verbrauchten  
1107 Strom nach dem EEG hemmt den Ausbau der Erneuerbaren Energien und ist daher abzuschaffen.  
1108 Dies gilt ebenso für jede Form der Speicherung wie Lithium-Ionen-Speicher oder Power-to-X Verfah-  
1109 ren sowie für die Stromlieferung an Dritte. Explizit ist hier auch die Wasserstoffproduktion zu er-  
1110 wähnen, die von der EEG-Umlage befreit sein muss. Nur durch die Entlastung von Abgaben kann  
1111 diese Technik schnell vorangebracht werden.

1112



### 1113 3. Beteiligungsmöglichkeiten

1114 Darüber hinaus sehen wir in der Stärkung der Beteiligungsmöglichkeit von Bürgern einen notwen-  
1115 digen Schritt, um die Akzeptanz vor Ort zu stärken. Bürger und Kommunen müssen finanziell stärker  
1116 an den Gewinnen der Windkraftanlagen bei ihnen vor Ort beteiligt werden. Ein wichtiger Baustein  
1117 hierzu sind Bürgerenergiegenossenschaften, deren Einbindung in Projekte wünschenswert ist.

1118

### 1119 4. Industrie

1120 Die Stahlproduktion trägt mit einem erheblichen Anteil am saarländischen CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei. Dabei  
1121 gibt es hier große Ansatzmöglichkeiten, diesen zu reduzieren. Das Saarland muss beim Thema kli-  
1122 mafremdlicher Stahl europäischer Vorreiter werden. Durch die neuen innovativen Hochöfen, wel-  
1123 che mit Hilfe von Wasserstoff betrieben werden, werden die CO<sub>2</sub>-Werte künftig spürbar sinken.

1124 Daher fordert die Junge Union, die Idee des Elektrostahlofens zu prüfen und diese umzusetzen. Die  
1125 dafür notwendigen rund 1 Mrd. Euro Investitionsmittel sollen durch entsprechende Fördermaßnah-  
1126 men des Bundes kompensiert werden.

1127 Solche Investitionen in die Zukunft müssen auch langfristig wirtschaftlich rentabel sein. Damit der  
1128 Wettbewerb gerade in der weltweiten Stahlbranche fair bleibt, muss hier europäisch gehandelt wer-  
1129 den. Die Einführung eines europäischen Klimaschutz-Zolls ist unausweichlich, damit der europäische  
1130 Markt nicht von billigem, klimaschädlich produziertem Stahl überschwemmt wird. Daher fordert die  
1131 Junge Union Saar die Landesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene weiter für die Einfüh-  
1132 rung einer CO<sub>2</sub>-Grenzabgabe auf Stahlimporte einzusetzen, um die Wettbewerbsfähigkeit von saar-  
1133 ländischem grünem Stahl sicherzustellen.

1134 Die Stahlindustrie prägt die DNA vieler Saarländer und hat daher ein besonderes Augenmerk ver-  
1135 dient. Gerade in der Stahlindustrie steht „Made in Saarland“ für höchste Qualität. Zusätzlich soll es  
1136 aus unserer Sicht zukünftig auch das Siegel für eine besonders nachhaltige Produktion sein. Wasser-  
1137 stoff liefert dann einen Beitrag zur nachhaltigen Stromerzeugung, wenn er grün ist. D. h. er muss mit  
1138 Strom aus Erneuerbaren Energien erzeugt worden sein. Da grüner Wasserstoff nicht im Überfluss  
1139 vorhanden sein wird, ist ein gezielter Einsatz notwendig. Dort, wo die hohe Energiedichte eines flüs-  
1140 sigen Brennstoffes nicht benötigt wird, sollten effizientere Lösungen (Li-Ionen Batterien) zum Ein-  
1141 satz zu kommen, bspw. im Individualverkehr, im Nahverkehr, zu netzdienlichen Zwecken und zur  
1142 Eigenverbrauchsoptimierung. Wir brauchen Wasserstoff vor allem auch dort, wo sehr hohe Strom-  
1143 mengen gefragt sind, d. h. in der Industrie und im Fernverkehr.

1144 Daher fordert die Junge Union Saar, Investitionen für Forschung und Entwicklung vor allem in den  
1145 Bereichen Industrie und Fernverkehr zu tätigen und nicht im Bereich des Individualverkehrs. Neben  
1146 der Forschung setzt die Junge Union auf den Aufbau eines Wasserstoffnetzes für Industrieunterneh-  
1147 men.

1148

### 1149 5. Schule

1150 Die Kompetenzvermittlung im Bereich "Nachhaltige Entwicklung" muss ein signifikanter Bestandteil  
1151 in der Schulbildung von Kindern und Jugendlichen sein. Es ist wichtig, ein ausgeprägtes nachhaltiges  
1152 Wissen zu erlangen, um bereits im frühesten Alter auf die Bedeutung der Umwelt und ihren Schutz  
1153 aufmerksam zu machen und die späteren Ingenieure zu befeuern, die in Deutschland die Technolo-  
1154 gien der Zukunft zu entwickeln. Daher fordert die Junge Union, das Projekt "Schule der Nachhaltig-  
1155 keit", welches die Landesregierung im letzten Koalitionsvertrag beschlossen hat, auszubauen und  
1156 zukunftsweisend auch auf andere Bereiche wie KiTas und Universitäten auszudehnen.

1157 **6. Wald- und Forstwirtschaft**

1158 Der Wald eine wichtige Kohlenstoffsенке, jedoch befinden sich unsere Wälder in den letzten Jahren  
1159 durch Stürme, Dürren und Schädlingsbefall in einer Krise. Auch die Folgen des Klimawandels stellen  
1160 Gefahren für unseren Wald da. Deshalb müssen wir dafür Sorge tragen, dass unser Wald zukunftsfä-  
1161 hig bleibt, die Folgen des Klimawandels übersteht und weiterhin als Kohlenstoffsенке agiert. Dazu  
1162 benötigt es Experten, die sich mit dem Wald vor Ort auseinandersetzen, um Ideen zu entwickeln,  
1163 wie man unseren Wald der Zukunft aufbaut.

1164 Wichtig ist dabei insbesondere, dass die öffentliche Hand als Vorbild auftritt. Es ist nötig, dass die  
1165 Leistung des Waldes vergütet wird, wodurch Waldbesitzer und Forstbetriebe bei ihrer Aufgabe der  
1166 Waldschutz-, Aufarbeitungs- und Wiederaufforstungsarbeiten entlastet werden

1167 Chancen für den Klimaschutz ergeben sich aber auch durch die Nutzung von nachhaltig erzeugtem  
1168 Holz. Durch die Verarbeitung von Holz zu langlebigen Produkten, kann man den enthaltenen Koh-  
1169 lenstoff längerfristig speichern. Die Nutzung von Holz als Baumaterial bietet somit eine Alternative  
1170 zu anderen, umweltschädlichen Baumaterialien.

1171

1172 Deshalb fordert die Junge Union Saar:

1173

1174 1. Die Gründung einer forstlichen Versuchsanstalt im Saarland, welche praxisnahe forstliche For-  
1175 schung vor Ort betreibt, sowie Waldbesitzer, Forstbetriebe, Verwaltung und die Politik berät.

1176 2. Eine Holzbauquote bei Bauaufträgen auf Kommunal- und Landesebene.

1177 3. Die Förderung des Holzbaus aus nachhaltig erzeugtem klimafreundlichem Holz.

1178

1179 **7. Ökologische Landwirtschaft**

1180 Ein zentraler Treiber der CO<sub>2</sub>-Emissionen ist unsere Ernährung. Großen Anteil daran hat die indust-  
1181 rielle Tierhaltung. Ein Grund der schlechten CO<sub>2</sub>-Bilanz von Fleisch ist Soja. Problematisch ist, dass  
1182 Soja überwiegend aus Übersee importiert werden muss und für deren Produktion Monokulturen an-  
1183 gelegt werden, welche von großem Nachteil für die Vegetation vor Ort und das Klima sind. Es gibt  
1184 deutsches und europäisches Soja, jedoch entspricht dieses bei weitem noch nicht unserem Bedarf.  
1185 Seit 2016 fördert das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Erforschung von al-  
1186 ternativen heimischen Eiweißpflanzen. Deshalb fordert die Junge Union Saar, die weitere finanzielle  
1187 Förderung der Erforschung alternativer Eiweißpflanzen aber auch die Subvention von nachhaltigem  
1188 deutschen Soja-Anbau. Hierdurch kann die Konkurrenzfähigkeit des in Deutschland produzierten  
1189 Soja erhöht und damit die Emissionen bei der Produktion und dem Transport, von ausländischem  
1190 Soja gesenkt werden. Aus unserer Sicht muss darüber hinaus die gesamte Produktion von tierischen  
1191 Produkten und landwirtschaftlichen Gütern überdacht werden. Der Fokus sollte dabei auf einen be-  
1192 wussteren Konsum aus regionaler und ökologischer Erzeugung gelegt werden. Dadurch könnten  
1193 weite Transportwege verhindert, das Tierwohl verbessert, sowie auf schädliche Futtermittel und  
1194 chemische Düngemittel verzichtet werden. Auch hier sollte die öffentliche Hand mit gutem Beispiel  
1195 vorangehen und bspw. das Angebot von ökologischen und regionalen Produkten in den saarländi-  
1196 schul- und Hochschulmensen nach dem Vorbild der Mensa der Universität des Saarlandes  
1197 stärker fördern. Wir fordern weiter, nachhaltige Lebensmittel insgesamt stärker zu subventionieren  
1198 und Subventionen für konventionelle Erzeugnisse zu verringern. Dadurch würden der ökologische  
1199 Landbau und eine nachhaltige Tierhaltung wesentlich attraktiver werden. Deshalb wird die saarlän-  
1200 dische Landesregierung aufgefordert, ein Konzept zur stärkeren Subventionierung ökologischer

1201 Landwirtschaftsbetriebe vorzulegen und auf Bundesebene auf eine Veränderung der Subventions-  
1202 vergabe im Bund sowie in der europäischen Union hinzuwirken. Des Weiteren fordern wir auch die  
1203 Bundesregierung dazu auf, sich bei der Verteilung der EU-Agrarsubventionen für eine stärkere Aus-  
1204 richtung hin zu einer ökologischen Landwirtschaft stark zu machen.

1205

## 1206 **8. Tierwohl & Artenschutz**

1207 Neben den Umweltaspekten liegt auch das Tierwohl am Herzen. Daher fordern wir die Bundesregie-  
1208 rung dazu auf, den Druck auf ein verbindliches Tierwohllabel bei der europäischen Union zu erhöhen.  
1209 Analog hierzu setzen wir uns für eine Tierwohlabgabe ein, wie sie vom Bundesrat vor kurzem vorge-  
1210 schlagen wurde. Hierbei sollte aber auf keinen Fall eine pauschale Abgabe auf Fleisch und Milchpro-  
1211 dukte erfolgen, sondern nur Produkte mit schlechten Haltungsformen mit einer Abgabe belegt wer-  
1212 den. Dadurch werden tierische Produkte aus schlechten Haltungsformen teurer und bessere Hal-  
1213 tungsarten wirtschaftlich attraktiver. Die Einteilung könnte in 4 Stufen erfolgen, wie es aktuell auf  
1214 freiwilliger Basis mit dem Haltungsformsiegel bereits praktiziert wird. Die ersten beiden Stufen  
1215 Stallhaltung und Stallhaltung plus könnten mit einer Abgabe sanktioniert werden. Mit der Abgabe  
1216 sollen dann gezielt Betriebe bei der Verbesserung ihrer Haltungsbedingungen unterstützt werden.  
1217 Für die genaue Einteilung sollte aber das von uns geforderte Tierwohllabel genutzt werden.

1218 Den Einsatz der meisten Wildtieren im Zirkus halten wir ebenfalls für nicht mehr zeitgemäß. Die  
1219 Landesregierung soll daher das vom Bundeslandwirtschaftsministerium geplante Wildtierverbot in  
1220 Wanderzirkussen, welches jedoch zahlreiche Arten ausenvor lässt, um Großkaten, Robben, Kängu-  
1221 rus, Reptilien, Laufvögel sowie Antilopen und Zebras erweitern.

1222 Ein weiteres gesamtgesellschaftliches Problem ist die immense Verschwendung von Lebensmitteln.  
1223 Vor diesem Hintergrund fordern wir, die Lebensmittelverschwendung nach französischem Vorbild  
1224 unter Strafe zu stellen. Supermärkte ab einer Größe von 400 Quadratmeter sollen verpflichtet wer-  
1225 den, Lebensmittel, die nicht mehr verkauft werden, aber noch genießbar sind, entweder auf einer  
1226 ausgewiesenen Fläche im Supermarkt zur kostenlosen Mitnahme anzubieten oder an soziale Einrich-  
1227 tungen zu spenden. Erst nach einer vorgeschriebenen Zeit sollen diese dann entsorgt werden dürfen.  
1228 Zuwiderhandlungen sollen mit einem Bußgeld geahndet werden.

1229

## 1230 **9. Klimaneutraler Gebäudebestand**

1231 Wir wollen einen klimaneutralen Gebäudebestand im Saarland bis zum Jahr 2040. Auf dem Weg dazu  
1232 sind unter anderem folgende Punkte wichtig: die energetische Sanierung von öffentlichen und pri-  
1233 vativen Gebäuden, eine klimafreundliche Wärmeerzeugung, der Ausbau von Photovoltaikdachanla-  
1234 gen, der Einsatz umweltschonender Baumaterialien sowie umweltschonende und artenförderliche  
1235 Außenanlagen

1236 Darüber hinaus soll die Landesbauordnung ab dem Jahre 2023 ebenfalls verbindliche Festsetzungen  
1237 über den Einsatz von umweltschonenden Baumaterialien und das Erfordernis von umweltschonenden  
1238 Außenanlagen enthalten. So fordern wir, dass bei Neubauten in Zukunft ein großer Teil aller  
1239 verwendeten Baustoffe aus nachwachsenden, gut recyclebaren und lange verfügbaren Rohstoffen  
1240 bestehen muss.

1241 Nicht nur die Kommunen brauchen Sanierungsmanager, sondern auch das Land braucht eine Sanie-  
1242 rungsstrategie für seine Gebäude. Die Eigentümer von Gebäuden müssen gezielt auf Fördermög-  
1243 lichkeiten des Bundes hingewiesen und zu einer Sanierung ermuntert werden. Hierzu sollte das Land  
1244 einen eigenen Fördertopf zur Hebelung der Bundesmittel einrichten und zeitgleich bis 2030 alle öf-  
1245 fentlichen Gebäude in Landesbesitz einer energetischen Sanierung unterziehen.

1246 Darüber hinaus muss auch im Saarland der Umstieg von Ölheizungen zu klimafreundlicher Wärme-  
1247 erzeugung stärker forciert werden. Daher fordern wir eine Hebelung der Bundesfördermittel durch  
1248 ein saarländisches Förderprogramm. Wir fordern zudem, die Landesbauordnung mit Wirkung zum  
1249 Jahr 2023 so zu ändern, dass in Gebäuden, in denen eine klimafreundlichere Wärmeerzeugung mög-  
1250 lich ist, der Einbau von Ölheizungen nicht mehr gestattet ist. Gleichzeitig muss durch eine landes-  
1251 seitige Subventionierung klimafreundlicher Heizungen sichergestellt sein, dass der Wechsel sozial-  
1252 verträglich erfolgen kann.

1253 Steingärten haben aus unserer Sicht erhebliche negative Auswirkungen auf das Mikroklima. Auf-  
1254 grund der fehlenden Begrünung heizen sich die Steine besonders im Sommer auf und geben sodann  
1255 die Wärme an die Umgebung ab. Da die Steine die Wärme außerdem speichern, kann sich der Gar-  
1256 ten, bzw. der Boden, auch nachts nicht abkühlen. Wasserundurchlässige Schotterbeete verhindern  
1257 dazu, dass Regenwasser ins Erdreich sickern kann und begünstigen so die Austrocknung des Erd-  
1258 reichs. Wir fordern daher, ein Verbot der Anlage von sogenannten Steingärten ab 2023 in der Lan-  
1259 desbauordnung aufzunehmen.

1260 **VIII. Arbeitskreis für Wirtschaft, Finanzen und Verkehr**

1261

1262 **Präambel**

1263 In Zeiten der fortschreitenden Globalisierung und Technisierung ist es unerlässlich, sich als Wirt-  
1264 schaftsstandort dem schnellen Wandel in Wirtschaft, Industrie und Forschung anzupassen, in Tech-  
1265 nologien zu investieren und bürokratische Hürden abzubauen, um nicht im internationalen Rennen  
1266 abgehängt zu werden. Ziel ist es, das Saarland als weltweiten Handelspartner attraktiver zu machen.

1267 Die Junge Union Saar fordert daher Konzepte und Investitionen für einen attraktiven, zukunftsfähigen  
1268 und ökologischen Wirtschaftsstandort Saarland.

1269

1270 **1. Wirtschaft**

1271 **Innovations- und Energieland Saar 2030**

1272 Es gilt das Saarland bundesweit im Bereich der erneuerbaren Energien zum Aushängeschild zu ma-  
1273 chen, indem man beträchtliche finanzielle Mittel für einen schnellen und effizienten Energiewandel  
1274 bereitstellt. Ziel muss es sein, das Land für Unternehmen und Forschungseinrichtungen interessant  
1275 zu machen und somit einen Anreiz zur Ansiedelung zu bieten.

1276 Der saarländische Strukturwandel von der Montanindustrie über die Informatik zu den Zukunfts-  
1277 technologien muss weitergestaltet und zukunfts- und krisenfest gemacht werden. Dies betrifft unter  
1278 anderem Schlüsselindustrien und Zulieferer im Bereich der Elektromobilität, um dem positiven Bei-  
1279 spiel von SVOLT zu folgen. Darüber hinaus gilt es den Ausbau der vorhandenen Unternehmensstruk-  
1280 turen, insbesondere im Bereich der Wasserstoffgewinnung, voranzutreiben.

1281 Das CISPA in Saarbrücken ist im Jahr 2020 zur weltweit führenden Forschungseinrichtung im Bereich  
1282 der Cybersicherheit gewählt worden – eine wahnsinnige Auszeichnung für unser kleines Bundes-  
1283 land. Es gilt daran anzuknüpfen und die dadurch geschaffenen Möglichkeiten zu nutzen, indem man  
1284 den Ausbau und die Finanzierung der künstlichen Intelligenz und der Informatik vorantreibt und  
1285 Start-Ups aus der ganzen Welt, ohne großen bürokratischen Aufwand, rund um die Universität des  
1286 Saarlandes ansiedelt. Ziel sollte ein „Saarvalley“ als weltweites Aushängeschild werden.

1287 Um den Energiewandel im Saarland voranzutreiben, ist es unumgänglich, die CO<sub>2</sub>-schädliche Stahl-  
1288 industrie klimafreundlicher zu machen und durch Investitionen in Elektrohöfen ein „klimaneut-  
1289 rales saarländisches Qualitäts-Stahl-Label“ zu schaffen. Als kleines und familiäres Bundesland haben  
1290 wir aber auch eine große Verantwortung unseren regionalen, saarländischen Unternehmen gegen-  
1291 über. Ziel muss es sein, unsere etablierten Familienunternehmen zu stärken und finanziell zu unter-  
1292 stützen. Dazu gehört auch eine primäre Vergabe von Aufträgen an bzw. ein Zugehen auf saarländi-  
1293 sche Unternehmen. Als weiterer, wichtiger Teil saarländischer Wirtschafts- und Strukturförderung  
1294 fordert die Junge Union Saar den Abbau bürokratischer Hürden für Projekte im Wirtschaftssektor.

1295 Die Junge Union Saar möchte dadurch vor allem einem Ausverkauf regionaler Unternehmen durch  
1296 ausländische Investoren verhindern. Insbesondere in Krisenzeiten muss das Land eine vermittelnde  
1297 Rolle spielen und Lösungsmöglichkeiten zur Rettung der Eigenständigkeit bieten oder Fusionen mit  
1298 anderen regionalen Unternehmen (mit Übernahme der bisherigen Mitarbeiterschaft) anstreben.

1299

1300 Zentrales Wirtschaftsziel sollte sein: Mittelständische Unternehmen fördern und somit eine ge-  
1301 sunde Unternehmensvielfalt statt Monokultur schaffen. Als neues innovatives Konzept für eine Ver-  
1302 einfachung handwerklicher Freizeittätigkeit durch Shared-Workplaces wurde das Konzept der

1303 sogenannten offenen Bürgerwerkstätten entwickelt. Die Junge Union Saar begrüßt diese Vision sehr  
1304 und fordert eine Unterstützung der Landesregierung zur schnellen und effektiven Umsetzung.

1305 Des Weiteren fordert die Junge Union Saar die Einrichtung einer neuen Abteilung im Ministerium  
1306 für Finanzen und Europa, um Behörden und Unternehmen eine Hilfestellung im Bereich europä-  
1307 ischer Fördermittel zu bieten. Die Erfahrung zeigt, dass die Behörden und Unternehmen hier oftmals  
1308 erheblichen Hürden unterliegen. Personen mit Fachkenntnissen und dem richtigen Know-how kön-  
1309 nen hier Abhilfe schaffen und somit Zeit und Aufwand bei den betreffenden Stellen einsparen.

1310 Die Ansiedlung neuer Unternehmen ist für das Saarland von existenzieller Bedeutung. Um diese  
1311 Thematik für die Zukunft voranzubringen, muss die Gründerförderung mit finanziellen Mitteln auf-  
1312 gestockt werden. So wird gewährleistet, jungen Unternehmern und Start Ups eine finanzielle Basis,  
1313 auf der sie aufbauen können, zu bieten.

1314 Um die Attraktivität der saarländischen Gemeinden zu fördern und zu pflegen, gilt es Fördermittel  
1315 zur Pflege und Reaktivierung von Ortskernen bereitzustellen und kommunale Projekte zu fördern.  
1316 Das bereits eingeschlagene Jahrzehnt der Investitionen ist zwingend auszuweiten.

1317 Die Junge Union Saar fordert weiterhin unter dem Aspekt des weltweiten Klimawandels die Stärkung  
1318 und Subventionierung ökologischer Versorgungsunternehmen der Region. Zukunftsgerichtete und  
1319 nachhaltige Verkaufsmethoden wie Unverpacktläden sind hierbei zu nennen. Es müssen Maßnah-  
1320 men ergriffen werden, damit mehr und besser recycelt wird und um die Recyclingquote in Deutsch-  
1321 land zu steigern. Ziel sollte es sein, Werte wie in skandinavischen Ländern zu erreichen. Außerdem  
1322 soll die Verbrennung von nicht recyclebarem Müll besser zur Energiegewinnung genutzt werden.

1323 Die Junge Union Saar fordert das Einführen eines Wirtschafts-Labels, damit man langfristig zu einer  
1324 nachhaltigen und vertrauensbildenden Produktion hochwertiger Lebensmittel beitragen kann. Die-  
1325 ses Label kann mit strengeren Standards für Tierschutz, Umwelt, Gesundheit, Klima und bessere Ar-  
1326 beitsbedingungen mehr die Nachhaltigkeit fördern.

1327

## 1328 **2. Tourismus**

1329 Der Tourismus- und Fremdenverkehr im Saarland ist eine wichtige und lukrative Wirtschaftssparte,  
1330 die seit Jahren weit hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibt. Es muss Ziel der nächsten Jahre sein,  
1331 unser schönes und so lebenswertes Bundesland für Touristen und Urlauber aus ganz Deutschland  
1332 und den europäischen Nachbarstaaten attraktiv zu machen.

1333 Es gilt neben neuen Marketing-Strategien auch die Kommunen in der Tourismusförderung vor Ort  
1334 zu unterstützen und mit dem nötigen Budget für Investitionen und Pflege der touristischen Infra-  
1335 struktur auszustatten. Gerade die Kommunen sind wichtiger Motor des saarländischen Tourismus  
1336 und müssen als solcher auch wieder handlungsfähig sein.

1337 Es kann und darf nicht sein, dass kommunal benötigte Mittel für touristische Investitionen größt-  
1338 teils zentral von der Tourismuszentrale Saar (TZS) gebunden und verwaltet werden und nicht dort  
1339 ankommen, wo sie dringend benötigt werden.

1340 Die Junge Union Saar fordert daher eine Finanzspritze für die kommunale Tourismusförderung; dar-  
1341 über hinaus den Ausbau und die Optimierung des Verkehrsnetzes im Saarland, um den Fremdenver-  
1342 kehr zu erleichtern und für Gäste aus dem Umland anziehend zu machen. Hierbei ist insbesondere  
1343 die geographische Lage des Saarlandes sowie die erfolgreiche Arbeit in der Großregion als Chance  
1344 zu werten. Zukünftig ist die Kooperation in der Tourismusbranche zwischen dem Saarland, Frank-  
1345 reich, Luxemburg und dem Land Rheinland-Pfalz auszubauen.

1346

1347 **3. Finanzen**

1348 Die schwarze Null ist eines der zentralen Themen unserer Generation, einhergehend damit auch die  
1349 Schuldenbremse. Wir müssen dafür sorgen, dass gerade in den Jahren nach der Corona-Pandemie  
1350 die Schuldenbremse wiedereingeführt wird – insbesondere auch, um zukünftigen Generationen  
1351 durch ein kostendeckendes und zukunftsfähiges Wirtschaften eine Perspektive bieten zu können.  
1352 Hierfür müssen wir auch schnellstmöglich wieder zur Schwarzen Null als Investition in die Zukunft  
1353 zurückkehren. Dieses Vorgehen darf allerdings nicht auf dem Rücken der Kommunen basieren. Es  
1354 müssen konkrete Konzepte erarbeitet werden, welche den Kommunen trotz Schuldenbremse finan-  
1355 zielle Spielräume erlauben. Das Saarland darf zukünftig kein Haushaltsnotlageland mehr sein.

1356 Wir wollen insbesondere klimaneutrale Haushalte entlasten. Aus diesem Grund sollen auch die be-  
1357 lohnt werden, die durch Umrüstung und/oder Sanierung ihren Haushalt klimaneutral gestalten, in-  
1358 dem sie eine steuerliche Entlastung erhalten. Leider sind „nachhaltige“ Modernisierungen noch et-  
1359 was kostspieliger als herkömmliche Anschaffungen. Hier können aber Bund und Länder durch steu-  
1360 erliche Entlastungen Kaufanreize schaffen.

1361 Nachhaltige Politik muss sicherstellen, dass auch die Generationen nach uns Gestaltungsspielräume  
1362 haben. Daher muss eine nachhaltige Finanzpolitik den Rahmen vorgeben, die eine disziplinierte Aus-  
1363 gabenpolitik umfasst. Das heißt: wir müssen uns an den Einnahmen orientieren, um zu wissen, was  
1364 wir ausgeben können. Dazu zählt auch das Setzen von Prioritäten, aber auch Vorsorgeelemente, wie  
1365 zum Beispiel ein Fonds zur ergänzenden Finanzierung der Vorsorgeelemente und Rücklagenzufüh-  
1366 rungen.

1367

1368 **4. Verkehr**

1369 Der Status Quo des saarländischen Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist kein zufrieden-  
1370 stellender. Die Junge Union Saar setzt sich für eine umgehende Generalüberholung des ÖPNV in der  
1371 Fläche und seiner Tarifstruktur ein.

1372 Wir betrachten neben den gewöhnlichen Transportmitteln (Bahn, Straßenbahn, Bus, Auto, Fahrrad  
1373 und zu Fuß) verschiedene alternative Möglichkeiten als zukunftsweisende und nachhaltige Lösun-  
1374 gen für umsetzbar. Wir setzen uns deshalb für die Einbindung alternativer Transportmittel und Ver-  
1375 kehrssysteme in die Verkehrspolitik der saarländischen Landespolitik ein. Als Junge Union sehen wir  
1376 insbesondere Share-Systems als Leitprojekte einer nachhaltigen Zukunftspolitik.

1377 Gerade der ländliche Raum, der in den vergangenen Jahrzehnten von der Stilllegung verschiedener  
1378 Bus- und Bahnstrecken betroffen war, weist heute Nachholbedarf bei der Nutzung öffentlicher Ver-  
1379 kehrsmittel auf. Hier können in vielen Fällen Bürger- oder On-demand-Busse als effiziente Lücken-  
1380 füller dienen, welche durch die Landesregierung gerade in der Startphase besonders gefördert wer-  
1381 den müssen. Durch den Einsatz solcher Kleinbusse, kann erreicht werden, dass auch auf wenig be-  
1382 fahrenen Strecken die Möglichkeit besteht, auf ein Auto zu verzichten. Außerdem ermöglichen diese  
1383 auch einen bedarfsgerechteren Nahverkehr, womit das Umherfahren leerer Linienbusse verhindert  
1384 werden kann. Dieses Zukunftsprojekt sollte als App-basierte Lösung realisiert werden.

1385 Auch nachts muss die Heimfahrt vor allem junger Menschen sichergestellt sein, weshalb wir uns als  
1386 Junge Union Saar dafür einsetzen, landesweit zu prüfen, ob die Einsetzung einer Subvention nach  
1387 dem Vorbild des sogenannten Jugendtaxi des Landkreises Merzig-Wadern zusätzlich zu den beste-  
1388 henden Nachtbuslinien umsetzbar ist. Durch eine solche Vergünstigung der Taxipreise für junge  
1389 Menschen, kann dieses als gute Alternative, vor allem für den Besuch von Festen in Nachbarorten,  
1390 bei welchen die Nutzung eines Nachtbusses nicht möglich ist, zu der Fahrt mit einem eigenen Fahr-  
1391 zeug angesehen werden.

1392 Der von uns geforderte Wandel im Verkehrsbereich führt auch zur Erreichung unserer anvisierten  
1393 Klimaziele, insbesondere die CO<sub>2</sub>-Reduktion im Verkehrssektor bis zum Jahr 2040. Eine echte Ver-  
1394 kehrswende erfordert eine viel stärkere Elektrifizierung des Verkehrs. Energieeffiziente Fahrzeuge  
1395 sind Ausdruck einer nachhaltigen Zukunftspolitik. Wir wissen aber auch, dass das energieeffizien-  
1396 teste Fahrzeug jedoch das ist, welches gar nicht fährt. Ziel sollte es daher sein, den Individualverkehr  
1397 – wie im Folgenden gefordert wird – weitestgehend auf Bus, Bahn und Fahrrad zu verlagern.

1398 Zur weiteren Reduzierung des Individualverkehrs bedarf es einer Generalüberholung des saarländi-  
1399 schen ÖPNV. Die aktuelle Tarifstruktur des ÖPNVs im Saarland mit ihrem Wabensystem ist deutlich  
1400 überholt, wir brauchen ein einheitliches ansprechendes Tarifsysteem für das Land.

1401

## 1402 **Verkehrsentwicklungsplan**

1403 Der aktuell modifizierte Verkehrsentwicklungsplan (VEP) des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit,  
1404 Energie und Verkehr muss nun schnellstmöglich umgesetzt und realisiert werden. Einzelne im VEP  
1405 aufgeführten Punkte finden bereits heute unsere Unterstützung, wie zum Beispiel die Reaktivierung  
1406 stillgelegter, aber noch funktionsfähiger Bahntrassen. Im VEP werden einzelne Maßnahmen mit un-  
1407 terschiedlichen Zeithorizonten aufgeführt. Langfristige Maßnahmen können dabei bis zu 15 Jahre  
1408 andauern, bis sie von der Planung an schließlich realisiert sind. Das dauert uns zu lange. Wenn wir  
1409 einen funktionsfähigen und modernen ÖPNV haben wollen, dann müssen politisch gewollte Verbes-  
1410 serungsmaßnahmen im ÖPNV zeitnah umgesetzt und beschleunigt werden.

1411 Zur Beschleunigung aller mit dem VEP verbundenen Verfahren und zur Darstellung der Wichtigkeit  
1412 des Verkehrsbereichs einer zukunftsgerichteten Politik fordert die Junge Union Saar die Einrichtung  
1413 eines neuen Ministeriums ab der kommenden Legislaturperiode. Das sogenannte Nachhaltigkeits-  
1414 ministerium soll sich hierbei mit den großen Zukunftsthemen Umwelt, Energie und eben insbeson-  
1415 dere auch um den Verkehrsbereich kümmern. Wir erhoffen uns hiervon eine bürgernahe Zukunfts-  
1416 politik der saarländischen Landesregierung. Das bedeutet insbesondere, dass bei der Realisierung  
1417 bzw. der Prüfung einzelner Maßnahmen des VEP die Interessen betroffener Bürger gehört werden  
1418 und berücksichtigt werden.

1419 Wir als Junge Union Saar wollen das bestehende System vom Grundsatz her überdenken: Die vor-  
1420 handenen Strukturen können nur mit politischem Mut und Entschlossenheit durchbrochen werden.  
1421 Einfachere Strukturen sind möglich und scheinen unter Berücksichtigung der Größe unseres Bun-  
1422 deslandes auch angemessen. Ein zukunftsgerichteter ÖPNV aus einem Guss – durch Bündelung von  
1423 Zuständigkeiten insbesondere der Aufgabenträger in einem „Verkehrsverbund Saar“ – ist möglich  
1424 und deswegen unser Ziel. Aktuell handelt es sich beim SaarVV lediglich um einen Tarifverbund, je-  
1425 doch nicht um einen Verkehrsverbund.

1426 Dies stellt auch die Grundlage dafür dar, dass erforderliche Verkehrsflüsse über die Kreisgrenzen  
1427 hinweg ohne Einschränkungen erfolgen können. Unter neuem Dach des landesweiten Verkehrsver-  
1428 bundes gilt es ein neues Tarifsysteem einzuführen. Das Wabensystem ist in ein entfernungsabhängi-  
1429 ges, ortsbasiertes Ringsystem zu überführen. Diese Ringe ließen sich beispielsweise durch eine Staf-  
1430 felung der Anzahl an Haltestellen oder auch durch ein Entfernungssystem, ausgehend vom Ein-  
1431 stiegsort, modellieren. So wäre ein dreistufiges Preissystem mit variablen Ringen aus Nahbereich,  
1432 Mittelstrecke sowie landesweitem Verkehr zum Höchstpreis denkbar. Die bisher vom Wirtschafts-  
1433 ministerium vorgestellten Pläne zur Entgeltreform können nur als ersten Schritt in die richtige Rich-  
1434 tung angesehen werden. Die komplette Abschaffung des komplizierten und im Einzelfall ungerech-  
1435 ten Wabensystems ist und bleibt unser Ziel.

1436 Wir sehen eine deutliche Vergünstigung der Fahrtickets als zielführend an. Allem voran die Einfüh-  
1437 rung eines 365 Euro-Jahrestickets (wie bereits in anderen Bundesländern) sowie eines entsprechend



1438 preisreduzierten Monatstickets für Bevölkerungsgruppen wie Schüler, Studenten, Senioren und kin-  
1439 derreiche Familien kann hier zu einer deutlichen Attraktivitätssteigerung des ÖPNVs im Saarland  
1440 führen. Hierbei sollte auch Studenten, welche kein Semesterticket für das SaarVV-Netz besitzen, d.  
1441 h. außerhalb des Saarlandes studieren, die Möglichkeit gegeben werden, ein vergünstigtes Zeitticket  
1442 erwerben zu können. Dies würde vor allem das Absolvieren eines Praktikums im Saarland attraktiver  
1443 machen, da bisher ein normales Monatsticket erworben werden muss.

1444

### 1445 **1) Bahn/Zug/S-Bahn**

1446 Das Verständnis zum saarländischen ÖPNV muss sich in der saarländischen Bevölkerung, aber auch  
1447 bei der saarländischen Verkehrspolitik umgehend wandeln. Die Junge Union Saar sieht den ÖPNV  
1448 als gute und nachhaltige Alternative zum viel genutzten Auto an. Hierbei kommt dem Bahnverkehr  
1449 eine zentrale Rolle zu. Die Bahn muss stärker in die Fläche rein, das heißt: Wir brauchen eine Aus-  
1450 weitung des aktuellen Streckennetzes, das bisher die Hauptstrecken zwischen Saarbrücken und  
1451 Merzig über Völklingen und Saarlouis sowie zwischen Saarbrücken über Homburg bzw. nach  
1452 Neunkirchen umfasst. Nur wenige Regionalbahnlinien führen in ländlichere Regionen. Um einen mo-  
1453 dernen ÖPNV zu verwirklichen, muss es zukünftig neue Bahnlinien geben, die mehr ins Landesinnere  
1454 bzw. an die Landesgrenzen zu Frankreich, Luxemburg und Rheinland-Pfalz gehen. Außerdem ist für  
1455 uns auch eine „Querverbindung“, die den Osten und den Westen des Saarlandes verbindet, denkbar.

1456 Die Junge Union Saar fordert aus diesem Grund die zeitnahe Reaktivierung stillgelegter, aber funk-  
1457 tionstüchtiger Bahnstrecken. Im aktuellen VEP wurden bereits für eine Vielzahl stillgelegter Bahn-  
1458 strecken das Kosten-Nutzen-Verhältnis (KNV) berechnet. Alle Strecken, die einen KNV größer als  
1459 den Wert 1 haben, sind demnach mit einem positiven volkswirtschaftlichen Nutzen verbunden. Die  
1460 Junge Union Saar sieht demnach ein großes Potential in der Reaktivierung verschiedener Strecken,  
1461 wie u. a. die Primstal- und Rosseltalbahn. Die saarländische Landesregierung muss die detaillierte  
1462 Prüfung sowie die danach folgende bauliche Realisierung (bei der die verkehrstechnische Infrastruk-  
1463 tur bereits größtenteils noch vorhanden ist) zeitnah umsetzen. Eine Reaktivierung nach 15 Jahren ist  
1464 somit keine tragfähige Maßnahme, um den saarländischen ÖPNV zu modernisieren und für neue  
1465 Bevölkerungsgruppen attraktiv zu machen. Das neue Nachhaltigkeitsministerium muss das Ziel, die  
1466 Bahn mehr in die Fläche zu bringen, als Zentralaufgabe verstehen und die Realisierung beschleuni-  
1467 gen. Für die Junge Union Saar versteht sich die Reaktivierung verschiedener Bahntrassen aber auch  
1468 als Ausweitung des bereits vorhandenen Saarbahn-Netzes.

1469 Wir setzen uns weiterhin für eine Zugstrecke zwischen Luxemburg und Saarbrücken ein, damit ins-  
1470 besondere für Pendler zwischen den beiden Ländern die Reise vereinfacht wird. Die bessere Anbin-  
1471 dung des Saarlandes nach außen durch weitere Expresszüge sowie nach innen durch eine bessere  
1472 Anbindung von Industrie- und Gewerbegebieten an den ÖPNV sehen wir ebenfalls als weitere  
1473 Schritte an, um den Umstieg der Saarländer auf den ÖPNV voranzutreiben. Das Saarland muss Kno-  
1474 tenpunkt deutschland- und europaweit sein und bleiben.

1475

### 1476 **2) Bus**

1477 Im neu auszurichtenden, saarländischen ÖPNV muss – wie bereits ausgeführt – die Bahn mehr in die  
1478 Fläche. Das Verständnis des Busangebotes muss ebenfalls modernisiert und zukunftsorientiert aus-  
1479 gelegt werden. Busse müssen zukünftig mehr zu Zulieferer und Abholer zum vorhandenen Zugan-  
1480 gebot werden. Eine genaue Abstimmung zwischen beiden Transportmitteln muss als integraler Takt  
1481 abgestimmt werden. Vorrangiges Ziel ist hierbei die Reduzierung der Umstiege im ÖPNV. Die Fahrt  
1482 zwischen Wohnort im ländlichen Raum zur Arbeitsstätte in der Stadt darf nicht mehr als zwei Um-  
1483 stiege – anzustreben ist eher einer – haben.

1484 Insbesondere die Landeshauptstadt Saarbrücken, aber auch die saarländischen Mittelstädte als Arbeitszentrum vieler Saarländer, müssen über eine gesunde Taktfrequenz verfügen, die nicht zu lang,  
1485 aber auch nicht zu kurz sein darf. Zur Beschleunigung und zur Umgehung von Stausituationen in der  
1486 Landeshauptstadt fordert die Junge Union Saar, dass verschiedene Buslinien in der Innenstadt neu  
1487 konzipiert werden und zur besseren Streckennutzung Trassen und Haltestellen der Saarbahn nutzen.

1489 Um den ÖPNV selbst bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu gestalten, bedarf es ebenfalls einer Umstel-  
1490 lung der heute noch meist dieselbetriebenen Busse durch Elektro- oder Brennstoffzellenfahrzeuge  
1491 und einen korrespondierenden Ausbau der Ladeinfrastruktur.

1492

### 1493 **3) Auto**

1494 Um die Elektrifizierung des Verkehrs voranzutreiben, bedarf es schnellstmöglich der flächendecken-  
1495 den Einrichtung einer Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge im Saarland. Der Blick in andere Bun-  
1496 desländer, aber auch das Ausland, zeigt, dass wir hier bereits deutlich weiter sein könnten. Wir for-  
1497 dern daher, dass – bis auf begründete Ausnahmen – an jedem öffentlichen Gebäude bis Ende des  
1498 Jahres 2023 öffentlich zugängliche Ladesäulen für Elektrofahrzeuge, egal ob Autos, Roller oder E-  
1499 Bikes, vorhanden sein müssen. Hierzu bedarf es weiterer finanzieller Unterstützung sowie einer An-  
1500 passung der rechtlichen Rahmenbedingungen durch Land und Bund. Ergänzt werden muss dies noch  
1501 durch weitere Anreize für Privatpersonen und Unternehmen, öffentlich zugängliche Elektroladesta-  
1502 tionen an ihren Gebäuden bzw. auf den ihnen zur Verfügung stehenden Flächen (z. B. Parkplätzen)  
1503 zu errichten. Neben dem Aufbau eines flächendeckenden Netzes an Ladesäulen für Elektrofahrzeuge  
1504 benötigen wir ebenfalls den gezielten Ausbau der Wasserstoffladeinfrastruktur im Saarland. Hier  
1505 fordern wir von der Landesregierung deutlich mehr Engagement als in der Vergangenheit, um die  
1506 grundlegende Versorgung des Landes mit entsprechenden Tankstellen bis zum Ende des Jahres 2023  
1507 sicherzustellen und damit den zukünftigen Bedarf, allen voran der Industrie, abzudecken.

1508 Auch in der Anschaffung von Firmen- und Dienstwägen soll es zu einem grundsätzlichen Umdenken  
1509 kommen, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Hierzu ist es wichtig, die Anschaffung von  
1510 batteriebetriebenen Dienstwägen noch stärker zu fördern und Unternehmen so zur Anschaffung ei-  
1511 ner elektrobetriebenen Flotte inklusive unternehmenseigenen Ladestationen zu bewegen.

1512 Auch sollte die Nutzung von Fahrgemeinschaften künftig finanziell unterstützt werden, beispiels-  
1513 weise durch die Geltendmachung einer Mitfahrerpauschale in der Steuererklärung. Ferner fordern  
1514 wir eine Verbesserung der Infrastrukturen bei Park-and-Ride-Parkplätzen und die Schaffung intelli-  
1515 gender, digitaler und sicherer Lösungen zur Bildung von Fahrgemeinschaften.

1516

### 1517 **4) Flughafen**

1518 Wir fordern ein zeitnahes Konzept, um die Zukunft des Ensheimer Flughafens auszuloten.

1519

### 1520 **5) Fahrrad**

1521 Des Weiteren sprechen wir uns für eine Stärkung des Radverkehrs im Saarland aus. Hierfür benöti-  
1522 gen wir eine bessere Kombination der verschiedenen Verkehrsmittel (Mitnahme des Fahrrades in  
1523 Bus und Bahn), den Ausbau und die Instandhaltung des Radwegenetzes auf dem Land und innerhalb  
1524 der Städte, eine Verbesserung der Anbindung der überregionalen Fahrradnetze an die Bahnhöfe, die  
1525 Einrichtung überdachter Haltestellen mit sicheren Fahrradstellplätzen und Ladestationen für E-Bi-  
1526 kes sowie barrierefreie Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten an den Bahnhöfen. Des Weiteren spricht  
1527 sich die Junge Union Saar für die Einrichtung sogenannter Fahrrad-Autobahnen aus. Diese können

1528 einen Ansporn bieten, auch mal das Rad statt dem Auto zu benutzen, da auf diesen Radwegen eine  
1529 schnelle und sichere Fortbewegung sichergestellt werden kann.

1530

1531 **6) zu Fuß**

1532 Um auch der saarländischen Bevölkerung das Zurücklegen von Strecken zu Fuß attraktiver zu ge-  
1533 stalten, ist eine gut ausgestatte Einrichtung von beleuchteten Fußgängerwegen zwischen Ortschaf-  
1534 ten vonnöten.

1535

1536 **Fazit**

1537 Die Junge Union Saar fordert zusammenfassend einen attraktiven **ÖPNV aus einem Guss**. Hierbei  
1538 sollen nicht Bahnangebote gegen solche des Busses ausgespielt werden – sondern: Wir brauchen ein  
1539 gemeinsames, zukunftsweisendes und nachhaltiges Konzept, bei dem Bus und Bahn im Zentrum ste-  
1540 hen; ergänzt durch das Auto, dessen Nutzung zukünftig reduziert werden muss, in Kombination mit  
1541 Rad- und Fußverkehr. Diese Aufgabe muss in einem neu geschaffenen Nachhaltigkeitsministerium  
1542 mit den Politikbereichen Umwelt, Energie und Verkehr im Mittelpunkt aller Tätigkeiten liegen.